



FIGU– ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: www.figu.org
E-Brief: info@figu.org

2. Jahrgang
Nr. 49, Juli 2016

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend identisch sein mit Gedanken, Interessen, Lehre und Missionsgut der FIGU.

=====

Die Schweiz ist erneut in Gefahr

Unabhängigkeit und Freiheit stehen nicht zum ersten Mal unter Druck

Eine europapolitische Diskussion existiert, seit es die Schweiz gibt. Zu allen Zeiten lautete die Gretchenfrage: Wie hältst Du es – Eidgenossenschaft – mit den ausländischen Mächten? Wer soll im Lande Schweiz das Sagen haben? Die Eidgenossen selbst oder fremde Mächte?

Von Christoph Blocher, alt Bundesrat, Herrliberg ZH



Das sind auch heute die grossen Fragen, und sie werden es bleiben. Die Gretchenfrage steht oft – vordergründig unbemerkt – hinter vielen aktuellen Themen des Alltags. So zum Beispiel, wenn Volksentscheide, die zu gültigen Verfassungsbestimmungen führten, deshalb nicht umgesetzt werden, weil sie angeblich ausländischem Recht widersprechen. Oder wenn man leichtfertig ganz generell internationales Recht vor Schweizer Recht stellt, wie dies seit kurzem Parlament, Bundesrat und das Bundesgericht tun.

Hochaktuell ist die Absicht, mit der EU einen Rahmenvertrag abzuschliessen, der die Schweiz einerseits verpflichtet, in allen Gebieten, in denen die Schweiz bilaterale Verträge mit der EU geschlossen hat oder noch abschliessen wird, das frühere und künftige EU-Recht automatisch zu übernehmen und andererseits den europäischen Gerichtshof als Entscheidungsinstanz für allfällige Streiterledigungen anzuerkennen.

Was macht die Schweiz aus?

Für die Schweiz ist diese Frage besonders wichtig, denn sie ist ein kleines kompliziertes Land inmitten Europas ohne bedeutenden Binnenmarkt, ohne Bodenschätze, ohne Meeranschluss, mit schwieriger topografischer Struktur, viersprachig, politisch stark gegliedert in 26 selbständige Kantone und 2352 Gemeinden mit relativ starker Autonomie. Andererseits ist dieses von Natur aus wirtschaftlich benachteiligte Land exportstark, deshalb wohlhabend, es garantiert ausgeprägte Freiheits- und Menschenrechte, funktioniert relativ gut, und die Bürger haben einmalige Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte.

Wie wurde der wirtschaftliche, freiheitliche, soziale Erfolg möglich? Das liegt nicht an besseren Politikern, nicht an besseren Wirtschaftsfachleuten, nicht an besseren Lehrern und Schülern. Es liegt an der Besonderheit der schweizerischen Staatsverfassung. Diese ist ein Sonderfall und ist wesentlich mitverantwortlich für den guten Zustand des Landes. Die Verfassung stellt gleich an den Anfang:

- die Wahrung der Unabhängigkeit des Landes;
- die direkte Demokratie;



- den Föderalismus, d.h. den Antizentralismus;
- die dauernd bewaffnete Neutralität;
- die verfassungsmässig garantierten Freiheits- und Menschenrechte.

Insbesondere ist die Schweiz das einzige Land auf der Welt, in dem der Gesetzgeber das Volk ist; die betroffenen Stimmbürger bestimmen selbst, nicht die Politiker.

Aussenpolitischer Druck als geschichtliche Konstante

Es ertönt der verzweifelte Ruf: «Die Schweiz steht unter Druck» – «Die USA verlangen» – «Die EU fordert» – «Die EU droht» – «Die EU stellt ein Ultimatum» usw. Daraus entsteht die ernst zu nehmende Angst, die kleine Schweiz sei diesem Druck nicht gewachsen. Und dieser Druck – vor allem der mediale Druck – ist nicht zu bestreiten.

So erklärte der damalige Chef der Euro-Staaten und heutige Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, die Schweiz sei kein «aufstrebendes Projekt». Es bleibe nämlich «ein geostrategisches Unding», dass man «diesen weissen Fleck» – die Schweiz – «auf der Landkarte» habe. Etwas weiter ging der damalige Präsident der deutschen Regierungspartei SPD, Franz Müntefering, der im Steuerstreit mit der Schweiz bedauerte, dass man nicht mehr wie früher die Armee schicken könne. Von den sonstigen allwöchentlichen Drohungen nicht zu reden.

Das mag unerfreulich, anmassend und bedrohlich sein. Aber es ist nichts Neues in der Schweizer Geschichte. Vielmehr ist der Druck auf die Schweiz der geschichtliche Normalfall, und zwar im Innern, wie auch von aussen. Jene Zeiten in der Schweizer Geschichte, in denen man zufrieden vor sich hinträumen und die Freiheit geniessen konnte, waren sehr selten. Insbesondere die Bedrohung der schweizerischen Freiheit durch europäische Staaten ist eine historische Konstante.

Neid und Geld

Auch das Motiv der Bedrohung unserer Freiheit ist nicht neu: Bis auf den heutigen Tag geht es stets um die zwei gleichen Dinge: Freiheitsneid und Geld.

Die Freiheit eines Landes strahlt über seine Grenze hinaus und wird so für die Regierungen von weniger freien Ländern gefährlich. Freiheit infiltriert, darum muss sie ausgerottet werden. Freiheit führt nicht nur zu Bewunderung, sondern auch zu Neid.

Zudem sind freiheitliche Nationen in der Regel wohlhabend. Und das Motiv für den Druck von aussen war und ist darum auch das Geld.

Ausländische Regierungen, die ihren Bürgern weniger Freiheit geben und deren Länder in Schulden versinken, fühlen sich herausgefordert, von den eigenen Bürgern bedroht, weil diese vergleichen können. Darum verlangen die Regierungen vom freiheitlichen Nachbarland Freiheitsabbau – konkret: Höhere Steuern, kein Bankkundengeheimnis, Abbau der Demokratie, weniger freiheitliche Gesetze und selbstverständlich Geld, Geld, viel Geld. Man nennt es dann schön Kohäsionszahlungen, IWF-Kredite zur Stabilisierung, Schutzschirme, Stützungskäufe durch die Schweizerische Nationalbank, Harmonisierung, Assimilierung und dergleichen mehr.

Namentlich die jüngere Geschichte der Schweiz liesse sich auch als die Geschichte des Freiheitsneides anderer Staaten schreiben. Deshalb ist unsere Vergangenheit auch eine Geschichte der versuchten Beeinflussungen und Integration.

Vorschriften von aussen

Es gibt auch hier nichts Neues unter der Sonne. Längst schon ist es dagewesen. Lassen wir für einmal die ruhmreichen Freiheitskämpfe von Morgarten, Sempach, Näfels, die Burgunderkriege und den Schwabenkrieg sowie die Zeit bis 1515 (Marignano) beiseite. Betrachten wir die neueste Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Auch hier war der Druck von aussen Normalfall.

Nachdem das europäische Grossreich Napoleons zusammengebrochen war, gestaltete Fürst Metternich am Wiener Kongress 1814/15 Europa neu. Die Schweiz passte auch damals nicht ins Konzept. Auch damals stand sie – als weisser Fleck auf der Weltkarte – geostrategisch im Wege. Dank der Neutralität wurde die Unabhängigkeit des Landes zwar anerkannt, erhielt aber in den Folgejahren von aussen stets Vorschriften, wie die innere Ordnung zu gestalten sei. So musste die Schweiz unter dem Druck des monarchischen Auslands 1823 das Pressekonkklusum, d.h. eine Pflicht der Kantone, die Presse zu beaufsichtigen, einführen. Zollmassnahmen als Druckmittel, wirtschaftliche Drohungen und verbale Attacken wurden eingesetzt.

Diese Einmischungen erinnern stark an die Einmischungen der heutigen EU, die unsere Steuerfreiheit oder die Freiheit der Privatsphäre regeln und uns ihr EU-Recht aufzwingen will.

Im Jahre 1846 – zwei Jahre vor der Gründung des schweizerischen Bundesstaates – beschrieb Fürst Metternich in einem Instruktionsschreiben die Schweiz wie folgt:

«Höchst trübe ist sicher das Bild, welches uns die heutige Schweiz bietet. Es ist jenes einer im gewaltigen Fortschritt begriffenen allgemeinen Auflösung: Einer moralischen Fäulnis, die, im Volksgeiste immer mehr sich verbreitend, auch den Grund des eidgenössischen Staatslebens untergräbt und dem morschen Gebäude bei der ersten Veranlassung den materiellen Umsturz droht.» Das ist die schwülstige Version des 19. Jahrhunderts für den Satz Junckers im 21. Jahrhundert: «Ein EU-Beitritt würde die Schweiz stabilisieren.»

Totgesagt

Die Gründung des schweizerischen Bundesstaates 1848 erfolgte unter schwersten Drohungen und Erpressungsversuchen der ausländischen Staaten: Frankreich sandte zwei Regimenter an die Grenze, Italien besetzte das Tessin. Als die standhaften Schweizer – vor allem Ulrich Ochsenbein – nicht nachgaben, mussten sie es akzeptieren, doch die ausländischen Staaten sagten der demokratischen Schweiz den frühen Tod voraus. Nur: Die einzige Verfassung, die bis heute überlebt hat, ist die schweizerische – im Gegensatz zu allen ausländischen jener Zeit. Die Geschichte zeigt also: Morsch waren die unfreien Systeme, nicht die freie Schweiz.

Aber der Druck auf die Freiheit setzte sich fort: So als 1871 das deutsche Kaiserreich entstand, dann wieder im Ersten Weltkrieg, vor und während des Zweiten Weltkrieges und während des Kalten Krieges (1945–1989). Dann folgte enormer Druck der EU, der schliesslich 1992 zur grossen Europa-Abstimmung in der Schweiz führte, in der sich unser Land für die Freiheit entschied. Heute erfolgt massiver Druck unter dem Stichwort «Bilaterale Verträge» und durch die Forderung nach einem Rahmenvertrag mit institutioneller Bindung, der schliesslich zum EU-Beitritt führen würde.

Innenpolitischer Druck als geschichtliche Konstante

So wie der Druck von aussen auf die Schweiz seit über 700 Jahren andauert, so ist auch der Druck von innen – meist gepaart mit einer Begeisterung für europäische Grossmächte, für etwas «Neues», «Grosses», für «Nie-Dagewesenes» und gepaart mit einer Angst, der Kleinstaat Schweiz könnte untergehen.

Schon der Bundesverfassung von 1848 musste ein Bürgerkrieg (Sonderbundskrieg von 1847) vorangehen, um der demokratischen, freiheitlichen Verfassung zum Durchbruch zu verhelfen. 1871 stellte man in den hiesigen führenden Kreisen die Forderung auf, die Schweiz solle dem deutschen Reich beitreten, was Gottfried Keller zu mahnenden Worten an die Schweizgegner veranlasste. Keller schrieb: «So scheint das republikanische Prinzip, welches unser bürgerliches Dasein von jeher bedingt hat, mehr zu vereinsamen als Unterstützung zu finden.» Und er klagte an: «Lächelnde, wenn auch unberufene Stimmen lassen sich hören: Was willst du kleines Volk noch zwischen diesen grossen Völkerkörpern und Völkerschicksalen mit deiner Freiheit und Selbstbestimmung.»

Anschluss an ausländische Mächte?

Im Ersten Weltkrieg gab es vor allem in der Deutschschweiz eine unverhohlene Bewunderung für das deutsche Kaiserreich. Der Anschluss an diese grosse Wirtschafts- und Militärmacht erschien manchen als zeitgemäss. Das Gleiche galt für die Westschweiz in Bezug auf die Französische Republik.

Wieder griff ein Schweizer Dichter ein, der zum Festhalten an unserem Land aufrief. Diesmal war es der spätere Nobelpreisträger Carl Spitteler, der in seiner berühmten Rede «Unser Schweizer Standpunkt» ausführte: «Alle, die jenseits der Landesgrenze wohnen, sind unsere Brüder. Der Unterschied zwischen Nachbarn und Bruder aber ist ein ungeheurer. Auch der beste Nachbar kann unter Umständen mit Kanonen auf uns schießen, während der Bruder in der Schlacht auf unserer Seite kämpft».

Vor und während des Zweiten Weltkrieges gab es bedeutende Kreise, welche die Freiheit zugunsten des Neuen und Grossen aufgeben wollten. Es war vor allem auch General Henri Guisan, der zum Festhalten am «Schweizerischen» aufrief.

Schlechtreden der Unabhängigkeit

Zur Zeit des Kalten Krieges sympathisierten lautstarke Anpasser – namentlich unter Intellektuellen und Kulturschaffenden – mit dem Sozialismus und Marxismus und liessen sich vom kommunistischen Grossreich blenden.

Kaum war 1989 die Mauer gefallen, begann die politische, wirtschaftliche, kulturelle und sogenannte gebildete Elite im eigenen Land unsere Unabhängigkeit schlechtzureden. Diese Stimmung führte schliesslich zum Projekt, die Schweiz mittels eines Vertrages zum «Europäischen Wirtschaftsraum» (EWR) in die EU zu führen, was dann

am 6.12.1992 an der Urne scheiterte. Schon damals wie heute wurde den Verfechtern der schweizerischen Freiheit vor der Volksabstimmung gedroht: «Eine Ablehnung würde starke wirtschaftliche, soziale und politische Erschütterungen auslösen und zu einer Schwächung der Volkswirtschaft mit negativen Konsequenzen für Arbeitsplätze und Investitionen führen.» (Inserat der Schweizerischen Handelskammer, Vorort, 1992).

Der Bundesrat teilte den Stimmbürgern mit, es gelte, «die Gefahr einer Isolation der Schweiz in Europa» abzuwenden. Und der bundesrätliche Unterhändler, Staatssekretär Franz Blankart, drohte: «Nach fünf Jahren Alleingang würden wir aus wirtschaftlichen Gründen die EG auf den Knien bitten, uns um jeden Preis als Mitglied aufzunehmen.»

Natürlich wird nie direkt gefordert, die Bürger seien in Ketten zu legen. Immer wird eine schön tönende Begründung vorgeschoben. Es wird von Harmonisierung, Solidarität, Schicksalsgemeinschaft oder Friedensgemeinschaft gesprochen.

Innenpolitischer Widerstand

Trotz der lauten Töne – meist aus führenden Schichten – haben sich bis heute im Grossen und Ganzen nicht die Anpasser, sondern der Widerstand – die Freiheitskämpfer – durchgesetzt.

An der Spitze dieses Widerstandes standen – für demokratische Freiheitskämpfe typisch – nicht führende Leute aus Politik und Wirtschaft. Es waren und sind Persönlichkeiten, die nicht aus dem Polit-Establishment stammen.

Wo stehen wir heute?

Der Druck aus dem Ausland, die Anpassung im Inland, aber auch der Widerstand der Bevölkerung gegen diesen Druck ist da. Der Druck kommt einerseits von der Europäischen Union, vor allem in Sachen Banken und Steuern, dann auch von Seiten der USA namentlich auf den schweizerischen Bankenplatz. In der europäischen Diskussion schwingen bei den führenden Leuten die Anpasser obenauf.

Das Ganze gipfelt in einer bis anhin grundsätzlichen Vorrangstellung des allgemeinen Völkerrechtes (internationales Recht), was zur Begründung der Nichterfüllung von demokratischen Volksentscheiden dient. Hier haben sich Verwaltung, Exekutive, das Parlament und die Judikative zusammengetan. So werden durch Volksentscheide herbeigeführte Verfassungsbestimmungen nicht umgesetzt. Der Bundesrat hat vom Parlament ein Verhandlungsmandat erhalten, um mit der EU einen Rahmenvertrag mit institutioneller Bindung (Übernahme von fremdem Recht und Akzeptierung fremder Richter) abzuschliessen.

Im Weiteren treibt die Bundesverwaltung, die überwiegend für eine Anpassung an die EU eintritt, Integrationschritte voran, indem sie EU-Normen in Gesetze, Verordnungen und Verfügungen einpackt.

Aber – wie in der Schweizer Geschichte üblich – ist der Widerstand spürbar. In den grossen Entscheiden setzte sich dieser durch.

Alle Meinungsumfragen bestätigen, dass in der Bevölkerung der Widerstand gegen den EU-Beitritt Höchstwerte erreicht, ebenso die Aufrechterhaltung der Neutralität.

Aktuelle europapolitische Diskussion

Aus all dem Dargelegten, das vor allem der jüngeren Generation weniger bekannt sein dürfte und für die der Druck auf die Freiheit von innen und von aussen als etwas Einmaliges erscheint, wird klar, dass Zuversicht am Platze ist.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um einen Auszug aus der soeben erschienenen Broschüre mit dem Titel: «Vor der Entscheidung – Beiträge zur europapolitischen Debatte in der Schweiz». Herausgeber: Marco Lorez.

22.06.2016, 22:49 von Christoph Blocher

Quelle: http://www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/die_schweiz_ist_erneut_in_gefahr-2721

Brexit ist eine Abstimmung gegen Krieg

Sonntag, 26. Juni 2016, von Freeman um 08:00

US-Senator Richard H. Black, Veteran des Vietnamkrieg, Rechtsanwalt und Senator für den 13. Distrikt des Bundesstaates Virginia, hat folgendes über den Brexit geschrieben, von mir übersetzt:

Brexit ist eine Abstimmung gegen Krieg, gegen das Imperium und gegen die zentrale Diktatur durch Fremde in Brüssel.



Bravo Britannien! Bravo!

Vergangene Nacht haben die Briten eine Schockwelle durch die eine Weltordnung geschickt, indem sie sich für die Trennung von der Europäischen Union entschieden haben. Artikel 50 der EU erlaubt ausdrücklich den Austritt, deswegen gibt es keine Umkehr.

Die Europäische Union hatte gute Absichten, aber keine wurde umgesetzt. Sie hat die nationalen Volkswirtschaften durch die «Eine-Grösse-passt-Allen»-Vor-

gehensweise völlig verzerrt, was die reichen Nationen gezwungen hat, diejenigen mit weniger fiskalischer Verantwortung zu retten. Es hat diese wiederum mit der Verhinderung einer notwendigen Währungsabwertung völlig verarmt.

Die EU wurde gegründet, um nationale Konflikte zu vermeiden. Es hat nicht funktioniert. Stattdessen hat sie sich in eine militaristische, aggressive Macht verwandelt, die zusammengearbeitet hat, um Kriege über den Mittleren Osten zu verbreiten; sie hat dabei geholfen, die NATO von einer Verteidigungsallianz in eine zu verwandeln, die verantwortungslose Aggression bis an die russische Grenze gebracht hat. Sie hat die atomare militärische Konfrontation mit Russland riskiert, über relativ belanglose Angelegenheiten in der Ukraine, die ganz bestimmt nicht die Auslösung des III. Weltkriegs rechtfertigen.

Die EU hat eine Politik der ethnischen Säuberung eingeleitet, unter der Verwendung massiver Wellen an Migration aus Drittweltländern. Neuerdings hat es zahllose Mengen feindlicher junger Männer im Kriegsdienstalter aus radikal muslimischen Ländern aufgefordert, in die EU zu kommen. Männer, die voller Hass gegen den Westen angereist sind und mit der Entschlossenheit, die heimische europäische Bevölkerung zu unterwerfen. Am Silvesterabend in Köln, Deutschland, haben 1000 arabische Männer über 800 christliche Frauen sexuell angegriffen, haben kriminelle Gewalt in ein Land gebracht, das vorher wenig Verbrechen irgendeiner Art kannte. Brüssel war unbeeindruckt. Die ethnische Säuberung hatte den gewünschten Effekt – sie zerstörte den ethnischen und religiösen Zusammenhalt.

Die EU ist eine Diktatur, welche den Menschen die Souveränität weggenommen hat. Sie können nicht mehr länger entscheiden, welche Werte sie halten oder welche Kultur sie wollen. Stattdessen zwingen arrogante, geichtslose Fremde in Brüssel einer missmutigen Bevölkerung ihren Willen auf.

Jetzt ist es Zeit, die EU und ihren militärischen Arm, die NATO, zu demontieren. Beide haben ihre Nützlichkeit und die Brutalisierung der nationalen Souveränität überlebt. Endlich können wir dem Frieden eine Chance geben; endlich können wir uns um die Arbeiter in jedem Land kümmern; endlich können wir die Grenzen schützen und die Staatsbürgerschaft respektieren; endlich können wir die ethnische Säuberung durch die horrende Menge an Offene-Grenzen-Migration aufhalten; endlich können die normalen Bürger ihre Stimme über ihre eigenen Angelegenheiten wieder finden.

Bravo für den Brexit – eines der historischsten Ereignisse in der modernen Zeit.

Senator Richard H. Black, 13th Dist., Virginia

Mein Kommentar dazu: Wer meine Artikel über die letzten 10 Jahre zur EU und NATO gelesen hat, kennt meine Meinung. EU ist die Abkürzung für «Europas Untergang» und NATO ist die Abkürzung für «Nordatlantische Terrororganisation». Beide müssen weg. Europa ist für mich die «amerikanische Besatzungszone» und die Europäer sollen sich endlich erheben und die Besatzer mit einem Fusstritt nach Hause schicken. Lange genug sind wir wirtschaftlich, kulturell und spirituell durch die amerikanische UNKULTUR und UNZIVILISATION vergewaltigt worden. Die sogenannte «transatlantische Brücke» ist völlig widernatürlich und nur ein künstliches Konstrukt zum Vorteil Washingtons. Wer wiederum die USA kontrolliert und zum Terroristen der Welt gemacht hat, wissen wir, die globale Finanzelite, in ihrer grenzenlosen Gier nach Macht und Profit. Sie will die ganze Weltbevölkerung versklaven, ausbeuten und ausrauben, denn sie betrachtet sich als die «Mehrbeseren».

Der Brexit hat der Elite die rote Karte gezeigt. Alles ist ab jetzt anders. Was noch vor wenigen Tagen als unmöglich erschienen ist, passiert jetzt. Die Elite mit ihren Politmarionetten, ihren sogenannten Experten und ihren gekauften Meinungsmachern, lag voll daneben und hat versagt. Sie wurden abgewiesen und vom Platz gestellt. Was man als unvermeidlich und «alternativlos» über die globale Zukunft angenommen hat, wurde als völlig

falsch entlarvt. Das Misstrauen und die Abneigung der britischen Wähler gegenüber dem herrschenden System sind deutlich zum Ausdruck gekommen. Sie wurden lange genug ständig belogen, betrogen und verarscht. Jetzt haben sie mit dem Stimmzettel zurückgeschlagen. Für mich ist damit klar, die Periode der neoliberalen Globalisierung ist in der Endphase.

In den letzten Jahren habe ich immer wieder Befreiungsbewegungen aufkeimen sehen, die mir Hoffnung machten, nur um dann zusehen zu müssen, wie sie von der Elite zerstört wurden und verschwunden sind. Als die Occupy-Wall-Street-Bewegung begann und sich über die ganze Welt in vielen Städten verbreitete, dachte ich, jetzt haben die Menschen es endlich kapiert. Es sind die 1% an Blutsaugern und Finanzkriminellen oben gegen uns 99% unten. Endlich ist das ›Teile und Herrsche‹, das gegenseitige links gegen rechts Auspielen, vorbei. Was war aber? Die kriminelle Elite hat mit ihren Machtinstrumenten der Medien und der Exekutive zugeschlagen und die Occupy-Aktivisten diffamiert und vom Platz gefegt. Sie kamen mit Gewalt und haben die friedlichen Besetzer verjagt. Das war's dann.

Jetzt mit der Brexit-Wahl und dem deutlichen Resultat für einen Ausstieg aus dem EU-Moloch, wurde ohne öffentlichen Spektakel, ohne Grossdemonstrationen, ohne gewaltsamen ›Maidan-Putsch‹ und ohne ›Arabischer Frühling‹ von der britischen Bevölkerung eine Revolution im Stillen durchgeführt. Sie haben in der Wahlkabine ihre wahre Meinung mit dem Stimmzettel kundgetan. Bei dieser Abstimmung ging es nicht um Rechts gegen Links, denn das gesamte politische Spektrum war sich einig über die Tatsache, die Bevormundung und das Diktat aus Brüssel muss beendet werden. Es war ganz klar eine Demonstration, die Masse an normalen Bürgern gegen die kleine Klasse an Elite, die meint, alles besser zu wissen. Jetzt wurden die arroganten Herrschenden völlig überrascht, denn die Zustimmung zu einem Verbleib, meinten sie, war sicher.

Der 23. Juni 2016 wird als historisch wichtiger Tag in die Geschichtsbücher eingehen – weit über Grossbritannien und die Europäische Union hinaus. Es markiert den Beginn des Endes der ›New World Order‹, der Welt-diktatur, des globalen Weltimperiums. Die menschenverachtenden Neoliberalen und kriegsgeilen Neocons haben eine wichtige Niederlage kassiert. Wir wissen an Hand von Dokumenten, die EU war von Beginn an ein Projekt der CIA, denn es war ein Teil des Plans zur amerikanischen globalen Hegemonie. Alle, die über die letzten Jahrzehnte für die EU eingetreten sind und den Plan umsetzten, sind Verräter an Europa ... ALLE ... egal ob es ihnen bewusst war, was sie damit anrichteten und wem sie dienten oder nicht. Nicht nur der britische Premier David Cameron hat sein Scheitern eingestanden und den Rücktritt erklärt, die gesamte EU-Führung muss jetzt zurücktreten und der korrupte Laden in Brüssel aufgelöst werden.

Deshalb, für ein Europa aus freien, souveränen Staaten, die ihr Schicksal selbst entscheiden, aber friedlich miteinander handeln und kooperieren. Die Erschaffung eines sogenannten EU-Bürgers und ganz besonders eines Weltbürgers, ist genauso widernatürlich und zum Scheitern verurteilt wie ein sozialistischer Sowjetbürger es war. Weg mit der EUDSSR und mit der NATO, und allen anderen politischen und militärischen Unionen, welche nur Leid, Elend, Zerstörung und Kriege bringen.

Quelle: <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2016/06/brexit-ist-eine-abstimmung-gegen-krieg.html#ixzz4Cl9fyU6D>

Die Briten wählen Merkels Alleingänge ab - ›Die Welt‹ fordert den Rücktritt

Epoch Times, Sonntag, 26. Juni 2016 10:00



Präsident der EU-Kommission Jean-Claude Juncker und Kanzlerin Angela Merkel beim G7-Treffen im Mai 2016, Japan

Foto: Chung Sung-Jun/Getty Images

Eine der vielen Analysen zum Brexit findet sich in der ›Welt‹. Sie stellt in den Mittelpunkt, dass Grossbritannien nicht nur die EU abgewählt hat, sondern die «zögerlichen und bornierten Leader der EU, deren Argumente keine Mehrheit hinter sich brachten».

Der Ausstieg der Briten bedeutet für ›Die Welt‹ eine Zeitenwende für das restliche Europa:

«Denn der bislang grösste demokratische Freilandversuch über die Mitgliedschaft im einstmals exklusiven Klub der EU hat dreierlei gezeigt: Erstens ist die EU trotz aller unleugbarer Meriten in ihrem gegenwärtigen Zustand einfach nicht mehr mehrheitsfähig. Darum können die Institutionen nun zweitens nicht so realitätsblind weitermachen wie bisher.»

Das Führungspersonal der EU ist unfähig

«Und drittens hat sich das gegenwärtige Führungspersonal als unfähig erwiesen, der offenkundigen Erosion des grössten politischen Projekts der Gegenwart Einhalt zu gebieten. Ihre Strukturprobleme und Krisen sind den professionellen Problemlösern in der Kompromissfabrik EU schlicht über den Kopf gewachsen.»

Kanzlerin Merkel, die das Projekt EU nun irgendwie retten will und als ›inoffizielle Kanzlerin von Europa‹ galt, werden in der ›Welt‹ zwei Problemfelder vorgeworfen:

Einerseits wurde für die Griechenland-Krise mit Hilfe der Regelverletzung der Staatsfinanzierung Zeit verkauft, ohne die Krise strukturell zu lösen. Die Finanzierung eines Staates durch die EU und andere Staaten ›beschädigt das heikle europäische Währungsprojekt nachhaltig‹.

Andererseits öffnete sie die ›Grenzen im nationalen Alleingang‹ und handelte mit dem türkischen Staatschef Erdogan ›ebenso im Alleingang eine dubiose Einigung‹ aus.

Sie ›hat den Bürgern vorgeführt, was sie wirklich von der EU und ihren Institutionen hält: Sehr, sehr wenig.‹

Der Autor der ›Welt‹ kommt zum Ergebnis: «Im Grunde haben die britischen Wähler am Donnerstag auch Angela Merkel abgewählt. Bevor sie endgültig zur Totengräberin der EU wird, müsste sie sich an David Cameron ein Beispiel nehmen.»

Wallstreet online formuliert: Merkel ist der schlechteste deutsche Kanzler der Nachkriegszeit

«Tut ›DIE WELT‹ Angela Merkel unrecht? Ist die deutsche Bundeskanzlerin nun Sündenbock für alles und jedes? Nein. Der Brexit ist nur der vorläufige Höhepunkt eines grandiosen politischen Versagens, das später einmal in den Geschichtsbüchern zu dem Urteil führen wird, dass Merkel der schlechteste deutsche Bundeskanzler der Nachkriegszeit gewesen ist», schreibt Wallstreet online.

Und weiter: «Merkel, die im vergangenen Jahr in der bekannten Forbes-Liste als zweiteinflussreichste Person der Welt (vor US-Präsident Obama!) aufgeführt wurde und mit Sicherheit die mit grossem Abstand wichtigste und einflussreichste Politikerin der EU ist, kann nun nicht zur Tagesordnung übergehen und einfach so tun, als habe sie bzw. ihre Politik nichts mit dem Ereignis des Brexit zu tun.»

Noch ein weiterer Rücktritt wird in Erwägung gezogen: Der von EU-Kommissar Juncker

Die ›Welt‹ schrieb: «Europa sollte, wie Jean-Claude Juncker so offenerzig gesagt hatte, einfach weitermachen, ohne die Bürger unnötig zu fragen. Nun hat man sie gefragt und es ist klar geworden, wie weit sich Ideal und Wirklichkeit, Eliten und Volk voneinander entfernt haben. Europa hat sich zu wenig um seine Bürger gekümmert – und nicht umgekehrt.»

Und weiter: «Es ist schon ein Treppenwitz, wenn der Demokrat Cameron abtritt, aber der Funktionär Juncker, dessen müde Vogel-Strauss-Taktik in London krachend gescheitert ist, weiter an seinem Schreibtisch hocken bliebe und sogar die demütigenden Austrittsverhandlungen managen dürfte.

Wenn die EU sich endlich als Demokratie inszenieren will, dann muss das Europaparlament Juncker jetzt absetzen. Und eine Straffung und Belebung des ganzen Projekts muss von einer verjüngten und veränderten Führungsschicht ausgehen. Wann, wenn nicht jetzt?» (ks)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/europa/die-briten-waehlen-merkels-alleingaenge-ab-die-welt-fordert-den-ruecktritt-a1339621.html>

Anmerkung zur oben genannten ›demokratischen Inszenierung‹ der EU durch einen

Auszug aus dem 538. offiziellen Kontaktgespräch vom Samstag, den 7. April 2012

Billy

Die EU resp. die Europäische Union, die hat ja meines Wissens keinerlei demokratische Züge, oder?

Ptaah

Die Europäische Union ist eine Organisation der Wirtschafts- und Volksfeindlichkeit und wird nur durch Staatsmächte resp. Regierende der Mitgliedstaaten geführt. Sie ist nicht mehr und nicht weniger als eine die Völker und deren Rechte unterdrückende moderne Diktatur ohne irgendwelche demokratische Gesetze, Verordnungen und Richtlinien usw.

Mehr dazu im Artikel *«Sieben Standpunkte zum wahren Wesen der Europäischen Union aus den Kontaktberichten, von Billy, Ptaah und aus dem Internet»* im FIGU-Sonder-Bulletin Nr. 80 bei http://www.figu.org/ch/files/downloads/bulletin/figu_sonder_bulletin_80.pdf.

«Nicht unser Bier, wie die Deutschen sagen»; markanteste Zitate von Putin beim Petersburg Forum

Sputnik; Sa, 18 Jun 2016 05:00 UTC



Wladimir Putin hat am Freitag beim 20. Internationalen Wirtschaftsforum eine Ansprache gehalten und anschliessend an einer Podiumsdiskussion teilgenommen. Sputnik hat die zehn markantesten Aussprüche des russischen Präsidenten zusammengefasst.

© Sputnik/ Vladimir Astapkovich

Die einzige Supermacht

«Die USA sind eine Grossmacht, vielleicht die einzige Supermacht heutzutage. Wir akzeptieren das und wollen mit Washington zusammenarbeiten.» Obwohl Russland, wie auch die ganze Welt, eine starke USA brauche, lasse es sich allerdings nichts vorschreiben.

Die Sanktionen treffen Europa, aber nicht die USA

Die westlichen Sanktionen gegen Russland wie auch die russischen Gegensanktionen haben gar keine Auswirkung auf die USA. «Die Amerikaner sagen ihren Partnern, sie müssen sich gedulden. Aber wozu? Das kann ich nicht verstehen.»

Westen pfeift auf Russland

«Die Sowjetunion gibt es nicht mehr, der Warschauer Pakt hörte auf zu existieren. Dennoch expandiert die Nato-Infrastruktur immer weiter. (...) Wozu muss die Nato-Infrastruktur immer näher an die russischen Grenzen? Nun wird schon Montenegro aufgenommen. Wer bedroht jetzt Montenegro?»

Russland will keinen Kalten Krieg, doch der kann möglich werden

Die Osterweiterung der Nato und der einseitige Rücktritt der USA vom Raketenabwehrvertrag, der das strategische Gleichgewicht garantiert hatte, kritisierte Putin als eine «absolut ignorante Haltung gegenüber unseren Positionen. In Bezug auf alles.» Er mutmasste, dass die Nato immer noch einem äusseren Feind suche, um die eigene Existenz zu rechtfertigen. Russland habe eine ganz andere Logik: Suche nach Kompromissen. Wenn aber die Nato ihr Potenzial vor Russlands Grenzen aufstocke, könnte es zu einem neuen Kalten Krieg kommen.

Wir sind nicht nachtragend

«Nicht Russland ist am jetzigen Zerwürfnis und den aktuellen Problemen schuld (...) Alle unsere Handlungen waren immer ausschliesslich eine Antwort. Aber wir sind nicht nachtragend, wie der Volksmund sagt. Wir sind bereit, unseren europäischen Partnern entgegenzukommen. Das kann aber keinesfalls eine Einbahnstrasse sein.»

Das ist nicht unser Bier, wie die Deutschen sagen

Auf die Bitte des Moderators, die von Putin geäußerte Meinung, Trump sei ein «hervorragender, talentierter und sehr kluger Mensch» zu kommentieren, sagte der Präsident: «Warum verdrehen sie alles? Ich sagte lediglich, dass Trump eine auffallende Persönlichkeit ist. Stimmt das nicht? Weiter habe ich ihn nicht charakterisiert (...) Wir wollen niemanden anpreisen. Das ist nicht unser Bier, wie die Deutschen sagen.»

Wie konnten Hunderte Russen Tausende Engländer «verdreschen»?

«Die Prügelei der russischen Fans mit den englischen war eine grosse Sauerei», sagte Putin, auf die Gewalt bei der Fussball-EM in Frankreich angesprochen. «Das ist sehr traurig», Und weiter: «Ich verstehe zwar immer noch nicht, wie zweihundert unserer Fans mehrere tausend Engländer verdreschen konnten. Aber die Behörden müssen gegen alle Täter, sowohl die russischen als auch die englischen, gleich vorgehen.»

Des Westens Gier nach bunten Revolutionen führte zum Chaos

«Die westlichen Länder unterstützten verschiedene bunte Revolutionen, darunter den so genannten arabischen Frühling, frenetisch. Wie viele positive Bewertungen der damaligen Ereignisse haben wir gehört? Wozu hat das alles geführt? Zum Chaos.»

Geopolitische Spannungen können sich verschärfen

«Die aktuelle geopolitische Spannung hängt in gewissem Masse mit der Ungewissheit in der Wirtschaft sowie mit der Erschöpfung vorheriger Wachstumsquellen zusammen. Es besteht das Risiko, dass sie sich verstärken oder gar künstlich provoziert werden kann.»

Ich habe mit ihr nicht gearbeitet, fragen Sie Lawrow

«Ich habe mit Bill Clinton gearbeitet, aber nur für eine kurze Zeit. Und wir hatten sehr gute Beziehungen. Ich kann sogar sagen, dass ich ihm für einige Momente dessen dankbar bin, wie ich in die grosse Politik einstieg.» Was jedoch die Ex-First Lady und heutige US-Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton betreffe, so sollten alle Fragen an den russischen Aussenminister Sergej Lawrow gerichtet werden. «Ich kann darüber nichts sagen. Im Gegensatz zu Lawrow habe ich nicht mit ihr gearbeitet.»

Quelle: <https://de.sott.net/article/24572-Nicht-unser-Bier-wie-die-Deutschen-sagen-Markanteste-Zitate-von-Putin-beim-Petersburg-Forum>

Weiser Vorschlag: Putin schlägt Auflösung der NATO vor

Sputnik; Do, 23 Jun 2016 06:45 UTC



Moskau zufolge soll das System der kollektiven Sicherheit neu, gleich und blockfrei sein, schreibt die «Nesawissimaja Gaset» am Donnerstag.

© Sputnik/ Alexei Nickolskiy

Der russische Präsident Wladimir Putin sagte in der Staatsduma (Parlamentsunterhaus) anlässlich des Jahrestags des Beginns des Grossen Vaterländischen Kriegs am Mittwoch, dass die Nato als letzte militärpolitische Allianz ein Auslaufmodell sei. Es müsse ein modernes, blockfreies System der kollektiven Sicherheit aufgebaut werden, das für alle Staaten gleich sein werde, so Putin.

Dass die Nato ein Überbleibsel des Kalten Kriegs ist, war auch früher klar. Bereits zu Beginn der 1990er Jahre, nachdem der Warschauer Block aufgelöst wurde, gab es die Hoffnung, dass die Nato wenn schon nicht aufgelöst, zumindest reformiert werde. Allerdings kam es nicht dazu. Nach dem Nato-Beitritt der ehemaligen Verbündeten der Sowjetunion in Osteuropa und mehreren ehemaligen Sowjetrepubliken dehnte sich die Allianz deutlich aus und stärkte sich militärisch. Auch die geopolitische Ausrichtung änderte sich leider nicht – unabhängig davon, was über die iranische Atomgefahr und den Atomwaffen-Wahnsinn des Anführers Nordkoreas gesprochen

wird, ist die ganze Nato-Infrastruktur de facto auf die östliche strategische Richtung, also Russland, fokussiert. Dieser Prozess läuft bereits seit 50 Jahren und begann wohl am Tag nach der Erklärung, dass der Kalte Krieg zu Ende gegangen sei. **Allerdings nutzen Brüssel und Washington wohl einen anderen Kalender.** Hier wird aber nicht seit den Jugoslawien-Ereignissen bzw. dem Beschluss über die Stationierung der strategischen Raketenabwehr in Europa und der Erweiterung der Nato-Infrastruktur in Richtung russische Grenzen, sondern seit den Ereignissen in der Ukraine gerechnet, wobei vergessen wird, dass die Krim und das Donez-Becken **nur eine Gegenreaktion Moskaus waren.**

Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte mit Besorgnis: «Ich kann nur sagen, dass vor uns ein selbstbewusstes Russland steht, das seit 2000 die Verteidigungsausgaben um das Dreifache erhöht hat und über neue und moderne Waffensysteme verfügt.»

Hätte man jedoch in dieser Situation mit etwas anderem rechnen können? Putin sagte beim Petersburger Wirtschaftsforum, dass der Westen Ende der 1990er Jahre davon überzeugt gewesen sei, dass Russland als souveräner Staat ausgedient habe und Moskau für immer die Möglichkeit verloren habe, sein Verteidigungspotential wieder aufzubauen. Gerade aus diesen Gründen stiegen die USA einseitig aus dem ABM-Vertrag aus.

Jetzt stellt sich aber heraus, dass die Gerüchte über den Verfall des russischen Rüstungs- und Industriekomplexes deutlich übertrieben wurden. Die russischen Kräfte der nuklearen Abschreckung erhielten Angriffskomplexe der neuen Generation. Der Westen hat wohl keinen Wunsch, ihre Effizienz an sich zu prüfen.

Das Thema der Kampfkapazitäten Russlands ist wohl ein schmerzhaftes Thema für die Europäer geworden. Als Stoltenberg gebeten wurde, Stellung zur möglichen Stationierung der Raketenkomplexe Iskander mit nuklearem Gefechtskopf im Gebiet Kaliningrad zu nehmen, sagt er besorgt, dass er die Aufklärungsdaten nicht kommentieren werde. Nach seinen Worten war klar, dass der Westen jetzt nichts mehr ausschliesst.

Einige in Europa begreifen bereits, dass westliche Strategen zu stark mit ihrer politischen Exklusivität und militärischen Überlegenheit spielen. So sagte der deutsche Aussenminister Frank-Walter Steinmeier vor einigen Tagen: «Was wir jetzt nicht tun sollten, ist durch lautes Säbelrasseln und Kriegsgeheul die Lage weiter anzuheizen. Wer glaubt, mit symbolischen Panzerparaden an der Grenze mehr Sicherheit zu schaffen, der irrt.»

Auffallend ist auch, dass der Ton des Westens sich nach einer scharfen Reaktion des Chefs des russischen Generalstabs Waleri Gerassimow auf die Äusserung des US-Aussenministers John Kerry änderte. Kerry sagte, dass die Geduld Washingtons in Bezug auf die Lösung der politischen Krise in Syrien beinahe aufgebraucht sei. «Die Geduld ist bei Russland und nicht bei den USA beinahe zu Ende», sagte Gerassimow.

Der russische Staatschef Wladimir Putin hat wohl bislang keine Zuversicht darin, dass der Westen den Aufruf zur kardinalen Änderung des Systems der kollektiven Sicherheit erhören wird. **«Wir sehen kein positives Feedback. Im Gegenteil: Die Nato verstärkt ihre aggressive Rhetorik und ihre aggressiven Handlungen nahe unserer Grenzen. Unter diesen Bedingungen müssen wir der Lösung von Aufgaben besondere Aufmerksamkeit widmen, die mit der Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes verbunden sind»,** sagte Putin.

Es bleibt nur zu klären, inwieweit die Verteidigungsstärke Russlands noch erhöht werden muss, damit sich der Westen ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch setzt.

Quelle: <https://de.sott.net/article/24700-Weiser-Vorschlag-Putin-schlagt-Auflösung-der-NATO-vor>

Anmerkung: Worauf Putin mit einem «modernen, blockfreien System der kollektiven Sicherheit» vielleicht anspielt, ist die Gründung von Multinationalen Friedenskampftruppen, wie sie im 516. offiziellen Kontaktgespräch vom 14. März 2011 folgendermassen erklärt wurden:

Billy

Eine solche Internationale Friedenskampftruppe ist ja sozusagen eine Weltarmee, die aus Militärs aus allen Staaten besteht, wobei die Armee – je nach der Masse der grössten Bevölkerungszahl eines Landes – eine Million Mann oder mehrere Millionen beträgt. So muss die Anzahl Soldaten einer solchen Weltarmee so gross sein, dass sie die bestehende Armee des militärreichsten Staates um das Doppelte übertrifft. Wenn so dann ein Land einem andern mit Krieg droht oder kriegerisch und sonst gewalttätig gegen die eigene Bevölkerung losgeht, dann muss die Internationale Friedenskampftruppe resp. die Weltarmee umgehend, ohne lange Verhandlungen und ohne Pardon, mit einer einfachen oder, wenn notwendig, mit einer doppelten oder dreifachen Armeemacht gegenüber jener des betreffenden Landes in dieses eindringen, um die Kampfhandlungen entweder im Keime zu ersticken oder diese zu beenden, wenn sie schon ausgebrochen sind. Nur dadurch kann Schlimmstes wirklich verhindert werden, was dann aber auch bedingt, dass die fehlbaren Herrschenden aller Art ihrer Macht enthoben und lebenszeitlich in die Verbannung geschickt werden. Allein schon eine einfache, doppelte oder gar dreifache Übermacht einer Weltarmee resp. einer internationalen Friedenskampftruppe kann bei einem Ein-

greifen in ein Krisengebiet dazu führen, dass von den Fehlbaren die Waffen gestreckt werden und ohne Kampfhandlungen das Ganze ein unblutiges Ende findet. Das hat sich ja auch oft ergeben bei Henoks Friedenskampftruppen.

Ptaah

Das ist richtig, aber auf der Erde momentan noch nicht durchführbar, denn zu einer Verwirklichung einer solchen internationalen Friedenskampftruppe ist es von Notwendigkeit, dass alle Staaten einheitlich für eine solche Weltarmee verantwortlich zeichnen. Das ist auf der Erde aber zur gegenwärtigen Zeit noch nicht möglich, weil sich noch zu viele Staaten weigern und sich nicht unter einen Weltsicherheitsverband stellen, sondern nur eigenmächtig und zum eigenen Profit handeln wollen. Zwar fügen sich einige Staaten in gewissen Fällen zu multinationalen Truppenverbänden zusammen, doch kommt das in keiner Weise einer multinationalen Friedenskampftruppe gleich, denn solche Truppenverbände sind eigentliche Kriegs-Kampftruppen, die nicht auf Befriedung ausgelegt sind, sondern einzig und allein auf blutige, menschenlebenfordernde und sachzerstörende Kampfhandlungen. Dies, während eine Multinationale Friedenskampftruppe darauf bedacht sein muss, keine Menschenleben zu fordern und keine Zerstörungen anzurichten. Und müssen zwangsläufig Menschenleben geopfert und Zerstörungen angerichtet werden, dann geschieht das in nur sehr kleinem Rahmen unter Beachtung des Schutzes von Menschenleben und menschlichen Errungenschaften, und zwar auch nur in der Weise, dass nur Kampftruppen dezimiert sowie Kampffahrzeuge, Kampfanlagen und Kampfbefehlszentren usw. zerstört werden. Zivilpersonen, Zivilgebäude, Zivilanlagen, Hospitäler und Flüchtlingslager und alle Dinge, die nicht in den militärischen Bereich fallen, dürfen in keiner Weise angegriffen werden und nicht zu Schaden kommen. Zu alten Zeiten, als unsere Völker noch Kriege führten, wurde streng nach diesen Regeln vorgegangen, folglich es nur Tote unter den Kampftruppen und Zerstörungen unter militärischen Kampfmitteln, Kampffahrzeugen, Gebäulichkeiten und Kampfbefehlsständen gab. Durch die multinationalen Friedenskampftruppen dann, als diese ins Leben gerufen wurden und auf schnellstem Wege ohne lange Verhandlungen überall mit einer ein- oder mehrfachen Übermacht dort eingriffen, wo Kriege drohten oder Herrschsüchtige ihr eigenes Volk unterdrückten oder mit Gewalt gegen dieses vorgingen, wurde sehr schnell alles befriedet. Allein das Wissen, dass die multinationalen Friedenskampftruppen bei irgendwelchen Krisen und Gewaltakten sofort eingreifen würden, führte dazu, dass sich Staaten und Gewaltherrscher davon zurückhielten, andere Staaten mit Kriegshandlungen zu belegen oder das eigene Volk zu drangsalieren usw. Das Ganze führte aber auch dazu, dass die einzelnen Herrscher in kurzer Zeit ihre Macht an das Volk abgaben, das volksnahe Regierungen einsetzte, so nur noch der Wille des Volkes Gültigkeit und über alles zu bestimmen hatte.

Billy

Leider wird es wohl noch lange dauern, bis auf der Erde in dieser Weise gedacht wird und eine Internationale Friedenskampftruppe in genanntem Rahmen zustande kommt. Bisher herrscht noch nicht einmal ein Gedanke in dieser Richtung, sondern alles ist nur ausgerichtet auf bösartiges Blutvergiessen und bestmögliche Zerstörung. Und dies ist auch so in bezug auf multinationale Truppenverbände und deren Einsatz. Die Erdlinge nennen den Willen des Volkes Demokratie, doch ist es so, dass trotzdem die Regierenden viele Dinge nach eigenem Ermessen bestimmen können. Dabei herrscht auch ein Parteienwesen vor, das du einmal als Parteidiktatur bezeichnet hast und das ebensowenig existieren dürfte wie auch nicht gegeben sein darf, dass die Regierenden nach eigenem Ermessen irgendwelche Dinge bestimmen und Gesetze sowie Steuern usw. erlassen dürfen, wozu das Volk dann nichts zu sagen hat.

Ptaah

Leider ist das so, wie du sagst, denn erst müssen Verstand und Vernunft bei den Menschen derart entwickelt werden, dass sie diese Dinge verstehen. Das aber dauert noch lange Zeit, weil die Erdenmenschen in genannter Beziehung noch wie unmündige Kinder denken und handeln, sich dabei aber sehr erwachsen und gescheit wähnen. Noch sind die Erdenmenschen nicht soweit, dass sie in besagter Weise richtig Verstand und Vernunft walten lassen können, weil sie noch im eigenen Machtgebaren gefangen sind und nicht verstehen, was eine wirkliche Demokratie bedeutet. Es ist nun aber Zeit, dass ich wieder gehe, denn mich rufen verschiedene Arbeiten, die ich heute noch zu erledigen habe. Auf Wiedersehn, Eduard.

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER

WENIGGEHÖRTE - VOM VOLK FÜRS VOLK!

FREI UND UNENTGELTlich

INSPIRIEREND

S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,

POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!

WELTGESCHEHEN UNTER

DER VOLKSLUPE

S&G



~ AUSGABE 31/2016 ~

DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Woran erkennt man, dass Täuschung oder Lüge im Spiel ist? Wenn Theorie und Praxis nicht übereinstimmen.

Ukraine-Krise: In der Theorie sollte das Land von seinem Diktator befreit werden, in der Praxis sind milliardenschwere neue Diktatoren ins Land gekommen.

Vereintes Europa: Die Theorie besagt, es bringe Wohlstand und Frieden. Realistisch gesehen werden die aufgelösten Nationalstaaten an die Interessen multinationaler Konzerne und die US-Regierung gekettet.

Russland-Sanktionen: Die Theorie besagt, der Westen kriege Russland damit klein. Die Realität zeigt, dass wir uns nur ins eigene Fleisch schneiden.

Urknalltheorie: Die Theorie besagt, alles komme aus dem Nichts. In Wirklichkeit aber führt diese Theorie zu nichts, weil sie gegen millionenfach überprüfte physikalische Gesetze verstößt.

Täuschung und Lüge hören da auf, wo sie ans Licht gezogen und entlarvt werden. Dafür investieren sich immer mehr Menschen, auch im Rahmen der S&G. Die Artikel dieser Ausgabe wurden hauptsächlich von neuen Schreibern verfasst. „Danke!“ – sagt

Die Redaktion (sl.)

Landraub in der Ukraine

msp. Die Ukraine ist für ihre fruchtbaren Böden bekannt. Schon seit Jahren versuchten multinationale Agrarkonzerne wie Monsanto diese Flächen zu erwerben. Vor dem Sturz des ehemaligen Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, war jedoch der Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) verboten und der Landkauf durch ausländische Konzerne erschwert. Durch eine Klausel im EU-Assoziierungsabkommen* mit

der Ukraine sollte dies geändert werden. Nachdem Präsident Janukowitsch das Abkommen abgelehnt hatte, kam es zum blutigen Putsch. Von der neuen Regierung der Ukraine wurden inzwischen Gesetzesänderungen vollzogen, die den Landwerb durch ausländische Konzerne und den Anbau von GMO ermöglichen. Dies führte in kurzer Zeit zu einem Landraub von gigantischem Ausmaß: 1,7 Millionen Hektar der ukrainischen Anbaufläche

sind bereits in ausländischer Hand. Der Regierungsumsturz in der Ukraine und das angestrebte Assoziierungsabkommen mit der EU bedeutet also nicht nur die Loslösung der Ukraine aus dem russischen Einflussbereich, sondern auch den Ausverkauf der natürlichen Ressourcen der Ukraine an multinationale Konzerne. [1]

*ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der den Anschluss der Ukraine an die EU zum Ziel hat

Vereintes Europa – ein US-amerikanisches Ziel

pha./ham. Die schrittweise Überführung der europäischen Nationalstaaten in eine föderale Union war nach 1945 ein Projekt, das vornehmlich die USA hinter den Kulissen vorantrieben. Mittels großer Propaganda-Kampagnen wurde vor allem den Deutschen weisgemacht, es ginge um Selbstbestimmung und Frieden. Dabei ist Deutschland das einzige Mitglied der EU, dessen Verfassung ihm untersagt, die EU jemals zu verlassen. Das von Ford und Rockefeller finanzierte Amerikanische Komitee für ein Vereintes Europa

(ACUE) trieb die europäische Einigung unter größter Geheimhaltung voran. Dies war wichtig, um die Illusion zu schaffen, die europäische Einigung sei von Europäern angestoßen worden. 1950 wurde mit dem Schuman-Plan die deutsch-französische Zusammenarbeit institutionalisiert und damit die Basis für ein vereintes Europa gelegt. Jean Monnet, ein französischer Industrieller und Rüstungsproduzent der Alliierten in beiden Weltkriegen, war der eigentliche Autor des Schuman-Plans und galt als Mann der Amerika-

ner. Er sagte dazu: „Europas Länder sollten in einen Superstaat überführt werden, ohne dass die Bevölkerung versteht, was geschieht. Dies muss schrittweise geschehen, jeweils unter einem wirtschaftlichen Vorwand. Letztendlich führt es aber zu einer unauf lösbaren Föderation.“ Wozu das alles? Ein vereintes Europa nach dem Gusto der USA ist ein Bollwerk gegen Russland, eine Konzentration der Macht in den Händen weniger, eine wichtige Vorstufe zur Weltherrschaft. [2]

**„Aufklärung
ist der Ausgang des Menschen
aus seiner selbstverschuldeten
Unmündigkeit.“**

Immanuel Kant, deutscher Philosoph
(1724–1804)

**„Deutschlands Freiheit
ist der Ausgang Europas
aus seiner siebzig Jahre währenden
amerikanischen Vormundschaft.“**

John C. Laughland, britischer Philosoph,
Journalist und Autor (*1963)

Deutsche Milchbauern stehen durch Russland-Sanktionen vor der Pleite

ro. In den letzten Wochen berichteten die Leitmedien vermehrt zum Verfall des Milchpreises und den damit verbundenen Existenzängsten deutscher Bauern. Dafür wurde meist angeführt, dass zu viel Milch auf dem Markt sei. Dies ist grundsätzlich

korrekt, jedoch wurde über die Ursachen dieser Überproduktion nicht deutlich informiert. Der Deutsche Bauernverband (DBV) nannte eine Hauptursache hingegen beim Namen: „Der Stein, der das alles ins Rollen gebracht hat, war das Russland-Embargo“,

bestätigte Generalsekretär Krüsen. Nach Inkrafttreten der Sanktionen im Zuge der Ukraine-Krise fiel der wichtige russische Markt quasi über Nacht weg und der Milchpreis sank von 40 auf nahezu 20 Cent pro

Fortsetzung Seite 2

Quellen: [1] www.neopresse.com/umwelt/wie-die-ukraine-den-boden-unter-den-fuessen-verliert/ | <https://pietza.wordpress.com/2015/04/11/landraub-in-der-ukraine-monsantos-hintertur-in-die-eu/> [2] „Das amerikanische Europa“ von John Laughland, COMPACT Magazin Nr. 02/2016, S.36-38 | <http://querdenken.tv/eine-verschwörungstheorie-wird-mainstream-die-eu-ist-ein-projekt-der-cia/>

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!

Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an SuG@infopool.info

Fortsetzung von Seite 1

Liter. „Bei den Preisen, die wir im Moment haben, sind alle Betriebe hochgradig defizitär“, so Krüskens. Für viele Höfe würde dies das Ende bedeuten. Am Beispiel der Not der Milchbauern wird deutlich: Mit den Russland-Sanktionen schadet die Bundesregierung wissentlich der eigenen Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft. Sie scheint nicht bereit zu sein, diese Fehlentwicklung zuzugeben, geschweige denn zu korrigieren. [3]

*mit einem Defizit (Fehlbetrag) belastet; ein Minus-Geschäft

Urknalltheorie – ein Wissenschaftsbetrug?

cps. Im Frühjahr 2014 verkündeten die Medien eine „sensationelle Entdeckung“. Erstmals sei es gelungen, sogenannte „Gravitationswellen vom Urknall“ indirekt zu registrieren. Doch bereits ein Jahr später gaben die Astrophysiker kleinlaut zu: „Wir haben übertrieben.“

Im Herbst 2011 verkündeten Physiker am Europäischen Kernforschungsinstitut CERN in Genf der Welt ebenfalls eine vermeintliche Wissenschaftssensation. Man gab vor, Elementarteilchen mit Über-

lichtgeschwindigkeit gemessen zu haben. Im folgenden Frühjahr stellte sich heraus: „Alles nicht wahr!“ Das Forschungsprojekt wurde eingestellt.

Dies sind nur zwei Beispiele, wie mittels dubioser Forschungsergebnisse versucht wird, klassische Naturgesetze auszuhebeln, die sich millionenfach als wahr erwiesen haben. Deutsche Forscher behaupten nun: „Vor über 80 Jahren begann ein beispielloser Wissenschaftsbetrug, der gegen alle Gesetze der Einstein'schen

Relativitätstheorie und der Planck'schen Quantentheorie verstieß: Die Postulierung* eines Urknalls.“ Mithilfe des belgischen Priesters Georges Lemaitre verstand es der Vatikan im Schulterschluss mit US-amerikanischen Forschungsinstituten ein Weltbild zu verbreiten, das uns heute als Urknalltheorie bekannt ist. Weitere Informationen dazu finden Sie auf www.einsteins-universum.com. [4]

*wissenschaftliche Behauptung

Sieger-Ecke:

Vorbildliche „Solidarische Landwirtschaft“

bs. Um einem globalen Strukturwandel in der Landwirtschaft durch moderne Agrarkonzerne und dem Bauernsterben durch Preis- und Kostendruck entgegenzuwirken, wurde das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft (kurz: SOLAWI*) ins Leben gerufen. Hierbei werden Lebensmittel nicht mehr über den Markt vertrieben, sondern fließen in einen eigenen, durchschaubaren Wirtschaftskreislauf, der von den Teilnehmern mitorganisiert und -finanziert wird. Konkret handelt es sich um einen Zusammenschluss von landwirtschaftlichen Betrieben oder Gärtnereien mit einer Gruppe privater Haushalte. Auf Grundlage der geschätzten Jahreskosten verpflichtet sich diese Gruppe, im Voraus einen festgesetzten Betrag an den Hof zu zahlen. Im Gegenzug erhalten die Gruppenmitglieder die gesamte Ernte. Wesentlich dabei ist, dass die

Gruppe die Abnahme der Erzeugnisse garantiert und vorfinanziert. Alle teilen sich die damit verbundene Verantwortung, das Risiko, die Kosten und eben auch die Ernte. Dieses Konzept sichert die Existenz der Bauern, da sie nicht mehr von Subventionen und Marktpreisen abhängig sind, und garantiert andererseits eine gute Grundversorgung an gesunden Nahrungsmitteln für alle Beteiligten. Somit liefert die Idee der SOLAWI einen essenziellen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung in der Landwirtschaft bei gleichzeitiger Förderung von Naturverbundenheit, Verantwortungsbewusstsein und Gemeinschaftsinn. [6]

*deutsche Weiterentwicklung der Community Supported Agriculture (CSA) Bewegung aus den USA. Hier wurden Mitte der 80er Jahre mehrere CSA-Höfe unter dem Einfluss von Trauger Groh und Jan Vander Tuin gegründet.

Sieger-Ecke:

Vom Artillerie-Sergeanten zum Friedensstifter

sk. George Mizo ging als Siebzehnjähriger zur US-Armee und wurde Sergeant bei einer Artillerie-Einheit im Vietnamkrieg (1965–1973). Nach einer Verwundung entschied er sich, den Rest seines Lebens dafür einzusetzen, Kriege zu verhindern und den darunter leidenden Menschen zu helfen. Er verweigerte den Dienst, gab seine militärischen Auszeichnungen zurück und protestierte gegen den Krieg. Dafür musste er in den USA für zwei Jahre ins Gefängnis. 1993 gründete er mit einem Freundeskreis das „Dorf der Freund-

schaft“, ein internationales Versöhnungsprojekt. Bis zu seinem Tode am 18.3.2002 kämpfte Mizo selbst mit den gesundheitlichen Folgen des Krieges, weil das damals von den US-Streitkräften versprühte Entlaubungsgift „Agent Orange“ auch seine Gesundheit ruiniert hatte. Das „Dorf der Freundschaft“ bietet jedoch noch heute, über den Tod seines Gründers hinaus, Hilfe und Unterstützung für Menschen, die unter den Spätfolgen des Vietnamkrieges leiden. [5]

Große Werke werden nicht durch Starke, sondern durch Beharrliche vollbracht.

Samuel Johnson,
englischer Gelehrter,
Dichter und Kritiker (1709–1784)

Schlusspunkt •

Verantwortungsbewusstsein und Gemeinschaftsinn sind die entscheidenden Schlüsselqualitäten jeder neuen Bewegung. Ob sie treu und verbindlich ausgelebt werden, entscheidet letztendlich über Leben und Sterben, egal wie gut die Anfangsidee auch sein mag. Gleiches gilt auch für die S&G-Bewegung, die sich schon das fünfte Jahr im Praxis-Test befindet.

Die Redaktion (sl.)

Quellen: [3] <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/05/18/bauern-erzuernt-russland-sanktionen-haben-milchpreis-verfall-ausgelöst/> | www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/mindestens-100-millionen-euro-soforthilfe-fuer-milchbauern-14260193.html [4] www.zeit.de/wissen/2015-02/gravitationswellen-urknall-planck | www.welt.de/wissenschaft/umwelt/article106445647/Jetzt-amtlich-Neutrinos-nicht-schneller-als-das-Licht.html | www.faz.net/aktuell/wissen/physik-mehr-neutrinos-schneller-als-licht-einstein-muss-zittern-11367929.html | www.spektrum.de/news/urknall-gravitationswellen-bestaetigen-kosmische-inflation/1257047

[5] www.dorfderfreundschaft.de/cms/dorf-der-freundschaft/geschichte | Film von Timo Mugele und Marcus Niehaves: www.dw.com/de/der-lange-schatten-des-vietnamkriegs/a-18558216 [6] www.solidarische-landwirtschaft.org/de/startseite/

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 18.6.16

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan

Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



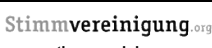
www.anti-zensur.info



www.klagemauer.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv

Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon: «Ich bin begeistert über Putins internationale Bemühungen»

Sputnik; Fr, 17 Jun 2016 12:22 UTC



Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon hat bei einem Treffen mit Russlands Präsident Wladimir Putin seine Begeisterung über die Bemühungen des russischen Staatschefs in der internationalen Arena zum Ausdruck gebracht, berichten russische Medien am Freitag. Zudem hätten Putin und Ban die Situation in Syrien besprochen.

© Sputnik/ Sergey Guneev

«In meinem letzten Jahr im Amt des Uno-Generalsekretärs möchte ich meine grosse Begeisterung über Ihre Bemühungen in der internationalen Arena zum Ausdruck bringen», zitiert die Agentur RT die Worte von Ban Ki Moon an Putin.

Am Vortag hatten sich Putin und Ban Ki Moon am Rande des Internationalen Wirtschaftsforums in St. Petersburg getroffen.

Putin würdigte laut Kremlsprecher Dmitri Peskow seinerseits die Arbeit des Uno-Generalsekretärs.

«Insgesamt hat Putin die Arbeit von Ban Ki Moon auf dem Posten des Uno-Generalsekretärs hoch bewertet (...).

In Anwesenheit von (dem Uno-Sondergesandten für Syrien – Anm. d. Red) de Mistura wurde der Syrien-Frage grosse Aufmerksamkeit gewidmet» sagte Peskow im Gespräch mit Journalisten.

Am Mittwoch hatte Ban Ki Moon die besondere Rolle Russlands bei der internationalen Sicherheit betont: «Russland, das einer der Gründer der Vereinten Nationen und ein ständiges Mitglied des Uno-Sicherheitsrats ist, kommt eine sehr wichtige Rolle zu, und ich zähle auf seine Führungsposition», so Ban.

Vom 16. bis 18. Juni findet in St. Petersburg das 20. Internationale Wirtschaftsforum statt. Das Forum ist eine jährliche internationale Konferenz, die sich mit Wirtschafts- und Geschäftsfragen befasst.

Quelle: <https://de.sott.net/article/24561-Uno-Generalsekretar-Ban-Ki-Moon-Ich-bin-begeistert-uber-Putins-internationale-Bemuhungen>

Dänische Wissenschaftler befürworten Brexit: Untersuchungen ergaben, dass eine EU-Mitgliedschaft keinerlei Einfluss auf das Wachstum eines Landes hat



Die Hauptaufgabe der EU scheint die Abschaffung Europas als in Jahrtausenden gewachsener Kulturraum zu sein.

Ist der ganze Hype von einer demokratischen und finanziell starken EU nichts als Schwindel? Was die Demokratie an-betrifft wissen inzwischen alle ernsthaften Beobachter, dass die EU keinesfalls zu mehr, sondern zu weniger Demokratie in Europa geführt hat:

Die Bevölkerungen der 28 Mitgliedsstaaten wurden gleichgeschaltet, die 28 Staatsregierungen – von wenigen Ausnahmen, wo sie noch autark bestimmen können – nahezu vollständig entmachtet. Über 70 Prozent der Gesetze, die im Bundestag beschlossen werden, sind EU-Vorgaben, die

unsere höchsten Abgeordneten nur noch abnicken dürfen.

An Macht zugenommen hat allein die EU-Kommission, welche nicht nur mit der Bezeichnung «Kommissar» fatal an sowjetische Exekutoren der sowjetischen Despotie erinnert, sondern auch sonst immer ähnliche Züge mit ihrem sozialistischen Pendant im Kalten Krieg – der KPDSU – aufweist.

Was in Brüssel bestimmt wird, muss von Sizilien bis zum Nordkap, vom Atlantik bis an die Grenze zu Russland durchgeführt werden. Nie gab es in der Geschichte mehr Macht in der Hand Weniger als derzeit in der EU: Eine

Handvoll Kommissare bestimmen über das Schicksal von 550 Millionen Europäern: Die Übernahme der Macht von wenigen Sozialisten in der EU erinnert jeden halbwegs Geschichtskundigen in vielen Details unverkennbar an die Machtübernahme der Nazis von 1933.

Verkauft wird das Ganze als ein Zugewinn an Einheit und Geschlossenheit, an Kraft und Stärke. Doch spätestens die Flüchtlingskrise hat gezeigt, was die wahre Aufgabe der EU ist:

Europa in seinen nationalen Grenzen – die zu den ältesten der Weltgeschichte zählen – aufzulösen, die ›Vorherrschaft‹ der weissen Europäer zu beenden und den Kontinent mit Hunderten von Millionen ›Flüchtlingen‹ vorwiegend aus dem islamisch-arabisch-afrikanischen Raum zu fluten.

Als ich dies schon vor Jahren anmerkte, reagierten die Medien auf solche Artikel mit dem üblichen Hinweis, dies sei ›rechte Hetze‹ und ›rechte Verschwörungstheorie‹.

Inzwischen, wo sie den Plan nicht mehr abstreiten können, beschimpfen sie die Aufklärer und Gegner der EU-Diktatur als ›Rassisten‹. Dieser Kampfbegriff ist dabei, die abgedroschene Nazi-Keule als wirkungsvollstes Totschlagsargument abzulösen.

Doch nun gerät eine weitere Säule der EU-Protagonisten ins Wanken: Die Mär, dass die europäischen Nationalstaaten nur im Verbund einer EU-Gemeinschaft wirtschaftlich überleben könnten. Professoren von führenden dänischen Universitäten haben festgestellt, dass eine EU-Mitgliedschaft keinerlei Einfluss auf das Wachstum eines Landes hat.

Dass die deutschen Regierungsmedien diese Nachricht unter Verschluss halten, wundert nur noch den, der immer noch glaubt, dass wir in einer Demokratie leben.

Michael Mannheimer, 20. Juni 2016

Quelle: <http://michael-mannheimer.net/2016/06/20/daenische-wissenschaftler-befuerworten-brexit-untersuchungen-ergaben-dass-eine-eu-mitgliedschaft-keinerlei-einfluss-auf-das-wachstum-eines-landes-hat/>

Deutschland verkauft seine Frauen – eine Anklage

Posted by Maria Lourdes - 25/06/2016

Frau Merkel hat die unbegrenzte, unkontrollierte Überschwemmung des Landes mit Millionen Flüchtlingen im Alleingang verfügt. Laut Expertisen von Verfassungsrechtlern hat Frau Merkel dabei jegliches Gesetz gebrochen: Die einschlägigen Paragraphen, Verfassungsartikel, Strafvorschriften und sogar das Legalitätsprinzip. Bei solch einer schicksalshaften Entscheidung müssen das Parlament und das deutsche Volk entscheiden. Doch uns hat keiner gefragt. Deutschland wird – neben anständigen Menschen – mit Zehntausenden Kriminellen, Kranken und Terroristen überflutet – mit aggressiven, sexuell-hungrigen, kampferprobten, kranken, schwer traumatisierten, jungen Männern –, die alle schnell reich werden wollen, ganz gleich wie.



Die Asylantenflut wird unser aller Leben unvorstellbar verändern. Wollen wir das?

Wer sich wehren will, muss sich zuerst informieren, schlau machen, um besser argumentieren zu können

...

Deutschland verkauft seine Frauen – eine Anklage

Wir die Verlierer – sie die Gewinner

Bei Kämpfen in früheren Zeiten gab es nicht nur die Verlierer und Gewinner eines Krieges. Der Verlierer wurde zusätzlich gedemütigt, und als Zeichen seiner Unterwürfigkeit wurden seine Städte und Dörfer geplündert, die Frauen und Kinder vergewaltigt, verschleppt und als Sklaven ins Siegerland mitgenommen. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg waren Frauen Ziel von Vergewaltigungen durch die, die sich als Siegermächte in Deutschland festsetzten.

Vergewaltigungen sind ein Zeichen, dass der Sieger sich frei bewegen kann und jedes Recht besitzt, machen zu können, was er möchte. Im Gegenzug waren die Vergewaltigungen für den Verliererstaat ein Zeichen der Unterwürfigkeit und der Beugung unter seine Gesetze.

Was ist heute anders? Millionen Menschen strömen nach Europa ein, die nach eigenen Aussagen Flüchtlinge eines Krieges sind, Flüchtlinge einer Gesellschaft, die ihnen nicht passt.

Europa nimmt sie auf und schützt sie. Aber wie verhalten sich diese Flüchtlinge? Sie benehmen sich wie Sieger über einen Kontinent, über ein Land. Wieso das so ist? Einfache Antwort:

Unterwürfige Willkommenskultur

Sie kommen nach Europa, vor allem nach Deutschland, die meisten ohne Papiere, ohne Pässe, ohne Ausbildungsnachweise oder sonstige Dokumente. Sie werden freundlich aufgenommen, es bildete sich sogar eine ›Willkommenskultur‹ in Deutschland. Man kann den Leuten der Erstaufnahmestellen erzählen, was man will, Hauptsache, es ist (etwas) glaubhaft. Man kann sie anlügen, Ihnen eine Geschichte erzählen von einer wilden Flucht aus ihrem Land, in dem sie gefoltert, eingesperrt oder sogar getötet werden sollten. In der Willkommenshysterie wird alles geglaubt, man bekommt sogar Befehle von ganz oben, alles zu glauben.

Es werden auf der Flucht Frauen und Kinder Gefahren ausgesetzt, die mit dem Tod enden können, manchmal sogar gewollt. Denn in den Augen der sogenannten Flüchtlinge sind Frauen minderwertige Menschen, und als Opfer machen sie sich in Europa sehr gut. Es werden Rettungswesten ausgegeben, mit der sich Männer eindecken, und so Kinder und Frauen noch grösseren Gefahren auszusetzen. Warum machen die Flüchtlinge so etwas?

Da die Europäer ›Tote auf den Tod nicht leiden können‹ und schon gar nicht tote Kinder und Frauen, werden diese Personengruppen gezielt eingesetzt, um das Risiko zu senken, in den Wunschländern nicht aufgenommen zu werden. Die Flucht, die keine war. Aber sie waren in Sicherheit, sie waren sicher in einem Land angekommen, das Auffanglager, Verpflegung und Schutz bot.

Immer mehr fordern

Was ihnen aber nicht reichte, sie wollten mehr. Angekommen im Land ihrer Träume, wird den Flüchtlingen, wovon 80% Männer sind, alles ins Rektum geschoben, was man zur Verfügung hat. Ihnen wird jede Geschichte geglaubt, die sie erzählen, und alles gewährt, was sie verlangen.

Diese Männerspezies, die plötzlich merken, hier in Deutschland haben sie ›Narrenfreiheiten‹, die sie selbst in ihren Heimatländern nie gehabt hätten, wollen nun jeden Tag mehr. Es wird gefordert, und man gewährt es ihnen. Konsequenzen für evtl. anfängliche Fehltritte gibt es nicht. Selbst wenn sie hier wegen einer Straftat vor Gericht gestellt werden, kommt ihnen das eher lachhaft vor und ist für sie mit einem Kinderspiel zu vergleichen. Gerichtsurteile sind nicht zu erwarten, eher Streiks der linken Bevölkerung, die der Meinung ist, es sei ungerecht, diese Männer zu verurteilen.

Frauen – nur Lustobjekte?

Diese Einstellung bestärken diese Männer noch, sie sind freier als frei. Sie sind in einem Land, wo sie tun und lassen können, was sie wollen. Sie können in den Läden mitnehmen, was sie brauchen, bekommen alles kostenlos, ob Bus fahren oder Lebensmittel, und so auch die Frauen. Unsere Frauen, die Mütter unserer Kinder. Für diese Männer wirklich ein Land, wo Milch und Honig fliesst, für Männer aus Staaten, in denen Männer die dominierende Spezies ist, und hier haben sie jetzt das absolute Schlaraffenland gefunden.

Menschenansammlungen sind ein gutes Mittel, um Frauen sexuell zu belästigen, sie anzufassen an Stellen, die in Deutschland tabu und allenfalls nur deren Ehemännern und Liebhabern vorbehalten sind. Frauen, die in Europa einen zusätzlichen Schutz geniessen, werden jetzt als Objekte einer Männergruppe betrachtet, die Sieger sind in diesem Land. Eine Siegerrunde von Männern, die eine gefährliche Überfahrt gemeistert und Frauen und Kinder zum Teil geopfert haben, statt ihnen helfen, Sieger bei den Lügen, die sie hier auftischen, Sieger in einer Gesellschaft, die sie hofiert und gegen jegliche Repressalien schützt, Sieger, wenn es darum geht, ihre Vormachtstellung durchzusetzen in einem Land, das diese besondere Stellung schon vor Jahrhunderten abgeschafft hat.

«Übergriffe kaum zu verhindern»

Jetzt sind sie hier, und Polizei und Justiz sind sich sicher, die Übergriffe und Vergewaltigungen gehen weiter und nehmen noch zu.

«Solche Sex-Attacken wie jetzt in Darmstadt werden sich auch weiter häufen», sagt der Polizeigewerkschafter Rainer Wendt im Gespräch mit der ›Huffington Post‹.

Er ist Vorsitzender der ›Deutsche Polizeigewerkschaft‹ (DPoIG) und sagt weiter, solche Übergriffe bei Grossveranstaltungen seien für die Polizei auch «künftig kaum zu verhindern», und «oft seien Migranten, nicht

selten Asylsuchende, die Täter gewesen», so Wendt. Asylbewerber, die für Gewalt- oder Sex-Delikte verurteilt werden, sollten bis zum Ausgang ihrer Asylverfahren in «Abschiebehaft genommen werden», fordert er. (*Quelle: focus*)

All diese Übergriffe, diese Vergewaltigungen kann man nicht mehr mit irgendwelchen Ausreden «schönreden», sondern muss es so nehmen, wie es wirklich ist.

Missachtung unseres Rechtssystems

Eine Missachtung unseres Rechtssystems, eine Missachtung unserer Frauen, eine Missachtung unserer Gesellschaft. Sie sind die Sieger in unserem Land, Sieger in jeder Beziehung, sie stehen ausserhalb des Rechts und somit ebenso unserer Gesellschaft.

Der Beweis: «Zunächst hatten zum Ende des viertägigen Schlossgrabenfestes mit etwa 400 000 Besuchern drei Frauen in der Nacht zum Sonntag die Polizei darüber informiert, von mehreren Männern unsittlich angefasst worden zu sein. Die Beamten nahmen kurz darauf drei verdächtige Männer aus Pakistan im Alter von 28 bis 31 Jahren fest. Diese sind inzwischen wieder auf freiem Fuss.»

Wie immer wird hier in solchen Fällen mit zweierlei Mass gemessen, die Polizei tut ihr Möglichstes, die Justiz lässt sie laufen, und unsere Frauen und Kinder müssen damit leben ... Warum?

Zum Verlierer gestempelt

Weil unser Staat es befiehlt, weil es die EU befiehlt. Wir wurden mit der sogenannten Flüchtlingskrise zum Verlierer gestempelt, Verlierer in einem Lügenkampf von Flüchtlingen (nicht aller, wohlgemerkt). Wir haben uns selbst zum Verlierer gemacht, indem wir Flüchtlinge (vor allem muslimischen Glaubens) nicht als das sahen, was sie waren – in Europa sind sie keine Flüchtlinge mehr, sondern Weiterreisende –, es sind muslimische Männer, die eine Hierarchie mitbrachten, die lautet: Als erstes kommen Männer, dann eine ganze Zeit nichts, dann wieder Männer und erst dann Frauen und Kinder.

Wir Europäer lassen zu, dass solche Menschen Europa verändern, wir lassen zu, dass sie sich wie Sieger geben und unsere Frauen missbrauchen, was allein schon Zeichen der Unterwürfigkeit ist, wir lassen zu, dass diese Männer Kinder heiraten, wir lassen zu, dass diese Männer immer die Schwächsten unserer Gesellschaft aussuchen, sie ausrauben, vergewaltigen und plündern. Ob Kinderheirat, 700 Millionen weltweit (Unicef) oder andere Verbrechen, es wird immer nach einer Entschuldigung gesucht. Sie seien traumatisiert, sie müssten sich erst in Europa zurechtfinden, sie kennen unsere Gesetze nicht, so die Entschuldigungen unserer Regierung und Verantwortlichen.

Ohne Konsequenzen

Wie sollen sie es lernen, wenn man allen «Freifahrtscheine für alles» ausdruckt, wie sollen sie es lernen, wenn man immer wieder nachgibt, wenn es keine Bestrafungen gibt? Wie sollen Konsequenzen gelernt werden, wenn es für alles keine Konsequenzen gibt?

Jetzt wird eine neue Entschuldigung öffentlich gemacht, «sie tun dies alles, um nicht abgeschoben zu werden». Der Minister sprach über straffällige Ausländer aus den Maghrebstaaten, die kurz vor der Abschiebung neue Straftaten begangen hätten. Der Staatsanwalt habe die Abschiebung daraufhin abgelehnt, so de Maizièrre: «Mit der vertretbaren Begründung: Der Mensch muss erst mal in Deutschland bestraft werden.» (*Quelle: focus*)

Abschiebungen?

Abschiebung, das Reizwort unserer Regierung! Wie viele wurden denn abgeschoben?

«Deutschland hat im vergangenen Jahr fast 21 000 Menschen abgeschoben, das sind doppelt so viele wie 2014. Knapp 40 000 Ausländer sind freiwillig ausgewandert.» (*Quelle: zeit*)

Das ist ja mal eine Zahl! Von 1,1 Millionen im Jahr 2015 wurden sage und schreibe 21 000 abgeschoben, 1,9%, obwohl 50,2% keine Erlaubnis haben, hier zu sein, entweder weil der Antrag abgelehnt wurde oder die «formelle Entscheidung» aussteht, das heisst, sie kamen aus Drittländern und sollen zurückgeführt werden. Jeder, der eine Straftat begeht, hat sein Recht auf den Flüchtlingsstatus verloren, jeder, der eine Straftat begeht, sollte sofort in Haft genommen und dann abgeschoben werden.

Zerbrecht endlich den Männerstatus dieser eingebildeten besseren Menschen, zerbrecht das Vorherrschaftsgefühl dieser Menschen und gliedert sie, auch mit härteren Mitteln wie Sanktionen, in die Gesellschaft ein oder schiebt sie so schnell wie möglich ab!

Quelle: Von Reiner Schöne – Unternehmer im Gesundheitssektor und regelmässig Kolumnist bei conservo

Quelle: <https://lupocattivoblog.com/2016/06/25/deutschland-verkauft-seine-frauen-eine-anklage/>

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER

WENIGGEHÖRTE - VOM VOLK FÜRS VOLK!

FREI UND UNENTGELTICH

INSPIRIEREND

S&G

Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr

HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,

POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!

WELTGESCHEHEN UNTER

DER VOLKSLUPE

S&G

~ AUSGABE 32/2016 ~
EU - JA ODER NEIN?

DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

rb./nm. Wird in Pissiors das Abbild einer Fliege angebracht, landet 80 % weniger Urin auf dem Boden, da die Männer beim Pinkeln auf die Fliege zielen. Oder wenn an einem Kantinenbuffet Obst erhöht in Griffnähe präsentiert wird, Schleckereien dagegen weiter entfernt, greifen die Nutzer öfters zum Obst. Diese Art von unterschwelliger Nutzerbeeinflussung wird von Fachkreisen „Nudging“ genannt. Zu deutsch lässt sich das am ehesten mit „sanft anstupsen“ übersetzen: Die Verbraucher sollen in die richtige Richtung geschubst werden. Diese eingangs erwähnten Beispiele haben zweifellos einen Allgemeinnutzen. Wenn dann aber US-Präsident Obama, der britische Premier Cameron und der deutsche Justiz- und Verbraucherminister Heiko Maas „Nudging“-Abteilungen einrichten lassen,

lässt dies aufhorchen. So nahm das zuständige Projektteam im Bundeskanzleramt Ende Februar 2015 seine Arbeit mit dem Ziel auf: „Erkenntnisse zu menschlichem Verhalten“ zu nutzen, „um politische Ziele besser zu erreichen“. Kritiker sehen im „Nudging“ eine besonders heimtückische Form der Einflussnahme, da der Staat ohne demokratische Kontrolle bestimme, welche Entscheidungen im Interesse der Gesellschaft sind. Dadurch greife „Nudging“ in Grundrechte ein und sei daher verfassungswidrig. Auch wenn es um die EU geht, werden solche Manipulationstechniken angewendet, wie in dieser Ausgabe erkennbar. So auch in der Schweiz, wo das Volk für eine institutionelle Einbindung in die EU „fit“ gemacht werden soll. [1]

Die Redaktion (brm.)

Erfolgsmodell Schweiz – nicht von ungefähr

br. Die Schweiz liegt neu auf Platz 2 der internationalen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Dies zeigt das jährliche Ranking, welches das renommierte Institute for Management Development (IMD) herausgibt. Die vermeintlichen „Motoren“ der EU hingegen kommen weder in die Top Ten (Deutschland: 12) noch in die Top Dreißig (Frankreich: 32!) des Rankings. Norwegen, das nicht Mitglied der EU ist, schafft es hingegen auf Platz 9. Die politische Stabilität eines Landes ist einer der wichtigsten Faktoren eines solchen Rankings.

Weiter hat man die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Effizienz von Behörden und Verwaltung, Effizienz der Unternehmen und die Infrastruktur beurteilt. Es wurden mehr als 300 Kriterien unter die Lupe genommen. Spezifisch erwähnt das IMD die außerordentlich gute Infrastruktur der Schweiz, die wirtschaftsfreundliche Arbeitsmarktpolitik, die effiziente und transparente Verwaltung und eine hohe Produktivität. Fazit: Um ein Erfolgsmodell zu sein, braucht man nicht Mitglied der EU zu sein! [4]

Gefahr eines schleichenden EU-Beitritts

Der SVP-Nationalrat und Präsident der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) Lukas Reimann warnt vor der Gefahr eines schleichenden EU-Beitritts: „Der Kampf gegenüber einem EU-Beitritt verändert sich. In vergangenen Kampagnen spielten fast alle – Befürworter und Gegner eines EU-Beitritts – mit offenen Karten und ehrlichen Argumenten. Doch die EU-Turbos haben ihre Strategie jetzt brandgefährlich geändert, weil ein EU-Beitritt keine Zustimmung im Volk mehr findet. Schon gar nicht bei dem katastrophalen Zustand der zerfallenden EU. Und die Bürger denken, warum gegen den EU-Beitritt kämpfen, wenn niemand rein will. Aufgepasst! Die bestbezahlten Marketingexperten der EU-Turbos

betreiben „Social conditioning“* für die EU. „Social conditioning“ ist eine Fortsetzung von Propaganda, mit welcher Menschen zu einer Tat gelenkt werden sollen – hier also dem Ja zur EU – ohne dass sie es selber merken. Das ist perfid. Täuschung, Halbwahrheiten und Lügen sollen uns nun in die EU zwingen: Man sichere den bilateralen Weg mit neuen Abkommen wie dem institutionellen EU-Rahmenvertrag und verhindere so den EU-Beitritt, behaupten die EU-Turbos. Dabei würde die Schweiz faktisch der EU unterstellt und zum Sklaven immer neuer EU-Befehle und EU-Forderungen. Letztendlich wäre unser Land beigetreten, ohne offiziell beigetreten zu sein.“ [2]

*soziale Konditionierung/Prägung

Schweizer Bundesgericht macht Politik

cb./rs. Der Schweizer Bundesrat kündigte übers Jahresende 2015/2016 an, ein „Schutzklauselmodell“ zwecks **Einschränkung der Masseneinwanderung** einzuführen. Dies allenfalls auch ohne die Zustimmung von Brüssel. Nach dieser Ankündigung des Bundesrates, hatte sich Ende Januar 2016 das höchste Schweizer Gericht eingeschaltet und den bundesrätlichen Willen als Vertragsverletzung bezeichnet. Im Falle einer Klage gegen den eigenständigen Begrenzungsentscheid des Bundesrates, werde es als höchstes Schweizer Gericht, der von der EU festgelegten, uneingeschränkten Personenfreizügigkeit* klar den Vorrang geben. Diese Einmischung des Bundesgerichts geschieht allerdings nicht von ungefähr, es

folgt damit einer Handlungsanweisung, die dem Bundesrat bereits vor fünf Jahren ausdrücklich empfohlen worden ist. Die Empfehlung findet sich in jenem Gutachten, das der Staatsrechtler Daniel Thürer dem Bundesrat am 7.7.2011 unterbreitet hat. Gemäß dem Komitee gegen den schleichenden EU-Beitritt zeigt dieses Gutachten dem Bundesrat einen Weg, wie er die Schweiz an jeglicher Volksabstimmung vorbei als Vollmitglied in die EU dirigieren könnte. [3]

*Mit der Unterzeichnung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU hatte die Schweiz die eigenständige Regelung der Zuwanderung abgegeben. Mit der Masseneinwanderungsinitiative vom 9.2.2014 hatte die Mehrheit des Schweizer Volkes sich dafür entschieden, die Zuwanderung wieder selber zu regeln.

Quellen: [1] www.tagesspiegel.de/themen/agenda/streit-ums-nudging-wie-der-staat-verbraucher-erzieht/11446920.html | <https://de.wikipedia.org/wiki/Nudging>[2] <http://reimann-blog.ch/?p=3438> [3] EU-No Infoblatt vom 10.3.2016 [4] <https://auns.ch/erfolgsmodell-schweiz-nicht-von-ungefaehr/> | www.imd.org/wcc/news-wcy-ranking/

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!

Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!

Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an **SuG@infopool.info**

Pro-EU-Argumente widerlegt

ma.b. In einem Gastkommentar in der „Welt“ widerlegt der ehemalige CSU-Politiker Peter Gauweiler die Argumente der EU-Befürworter. Keines der Pro-Argumente bleibt stichhaltig, nachdem Gauweiler es in kurzen, glasklaren Worten widerlegt hat. So schrieb Gauweiler etwa, dass der Wohlstand in der EU nicht zugenommen habe, aber was angestiegen ist, seien die Konsumentenpreise und die Arbeitslosenzahlen. So werde der Mittelstand ausgeblutet. Das Konzept der EU sei „imperiales 19. Jahrhundertdenken. Heute sind die erfolgreichsten Staaten Europas die

kleineren Länder wie: Norwegen, die Schweiz, die EU-Mitglieder Holland und Dänemark – in Asien Singapur und Taiwan.

Es kommt nicht auf die Größe an, sondern darauf, was man mit dem Land macht. [...] Mit der zusätzlichen Politebene der EU wird das Hin- und Herschieben von Verantwortung, wozu die Politik aller Ebenen ohnehin neigt, nochmals leichter gemacht. [...] Es wird höchste Zeit, dass wir uns die Motive, die angeblich immer noch für die EU in ihrer heutigen Form sprechen, genauer anschauen.“ [5]

„Die Freiheit der Bürger gilt seit Langem als zugedeckt durch bürokratische Brüsseler Regelungswut.“

Udo Di Fabio, ehemaliger Bundesverfassungsrichter in Deutschland

Nur keine Panik vor dem „Brexit“

bra. Am 23.6.2016 stimmen die Briten über den Verbleib in der EU ab. Der erfolgreiche Geschäftsmann Peter Hargreaves hatte um Ostern 2016 einen Brief an 15 Millionen Haushalte verschickt. Es geht ihm darum, dass die Wähler sich nicht von Angstmachern in falsche Panik jagen lassen. Einige Argumente aus seinem Brief: „Das EU-Parlament verabschiedet regelmäßig Gesetze und Regeln, die überhaupt nicht zu uns passen. Die EU verursacht enorme Verschwendung. Für dieses Eindringen in unsere Freiheit bezahlen wir auch noch einen hohen Preis. 20 Milliarden Euro jährlich ... (das würde unsere nationalen Schulden merklich tilgen helfen).“ – „Ja, ein wenig Geld

gibt es auch zurück, aber da schreibt die EU wieder vor, wie es auszugeben ist.“ – „Das Argument, dass ohne EU-Mitgliedschaft Arbeitsplätze verloren gehen, ist falsch, ja lächerlich. Wir kaufen mehr von der EU, als sie von uns kauft. Es wäre finanzieller Selbstmord, wenn die EU Handelsbarrieren aufbauen würde.“ – „Unsere Politiker sollten eine ausgewogene Sicht haben, aber es sieht so aus, als ob ihre persönliche Politikkarriere zuerst kommt.“ – „Die Zukunft des Vereinigten Königreiches steht auf dem Spiel, was unendlich wichtiger ist als einzelne politische Karrieren.“ [7]

„Ein blühendes Großbritannien außerhalb der EU würde den Weg für den Rest Europas freimachen, die Kontrolle zurückzuholen und wieder zu stolzen, unabhängigen Nationen zu werden.“

Nigel Farage, Europaabgeordneter und Vorsitzender der britischen Unabhängigkeitspartei UKIP

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 18.6.16

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitsliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

Redaktion:

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage
Abonnentenservice: www.s-und-g.info

Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen
Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan
Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein

Fragen Sie sich:

„Profitieren Sie von der EU – oder macht die EU Ihr Leben immer komplizierter? Ganz sicher erhöht die EU die Zahlen auf Ihrem Lebensmittel-Kassenzettel.“

„Ich fordere Sie auf, echten Menschen und realen Unternehmern zuzuhören; solchen, welche direkt Wohlstand schaffen und ermöglichen. Hören Sie nicht auf Chefs der großen (EU-) Institutionen, deren bequemes Leben durch einen Brexit durcheinandergebracht werden wird.“

Peter Hargreaves, englischer Geschäftsmann

Die EU verliert überall an Rückhalt

rs. Laut dem britischen Meinungsforschungsinstitut Ipsos MORI fordern 58 % der Italiener, 55 % der Franzosen und 43 % der Schweden ebenfalls eine Volksabstimmung über die Zukunft ihres Landes in der EU. 41 % der Italiener und 48 % der Franzosen und 34 % der Deut-

schen plädieren sogar für einen EU-Austritt. Dies, obwohl sie zu den Gründungsstaaten der EU gehören.

Insgesamt wünscht sich jeder dritte Mensch in der EU aus der Staatengemeinschaft auszutreten. [6]

Jedem Land seine Souveränität

mr.b. Im April 2016 war US-Präsident Barack Obama auf Staatsbesuch in London. Dabei sprach sich Obama für den britischen Verbleib in der EU aus. Bereits im Vorfeld meinte der damalige Bürgermeister von London, Boris Johnson, dass eine allfällige Einmischung von Obama in die Brexit-Debatte blanke Heuchelei wäre. Schließlich würden die Amerikaner ihrerseits „nicht einmal im Traum daran denken, ihre Souveränität abzugeben“. Weder dem Internationalen Gerichtshof noch dem internationalen Seerecht hätten sie sich untergeordnet. Und deshalb finde er, Johnson, „es einfach absolut absurd, dass wir von □ den Amerikanern in Sachen Souveränität belehrt werden“. [8]

Schlusspunkt •

Das Wort zur Woche

In Brüssel arbeiten gut 30.000 Funktionäre.

Nur Bürokraten, keine Postbeamten, keine Bahnangestellten, keine Lehrer ... Nur Bürokraten.

Rund 10.000 von ihnen verdienen mehr als Premierminister David Cameron.

Wundert sich noch jemand, dass jeder Funktionär darauf hinarbeitet, als Krönung seiner Laufbahn einen Brüsseler Funktionärsposten zu ergattern?

Zeitung Schweizerzeit
Nr.11, 10.6.2016

Quellen: [5] und [6] www.welt.de/debatte/kommentare/article155964450/Diese-EU-verhindert-unsere-Freiheit.html | <https://auns.ch/die-erfolgreichsten-staaten-sind-die-kleinen-staaten/> [7] <http://auns.ch/england-15-millionen-briefe-leave-the-eu/> [8] compact-online.de/londons-buergermeister-zu-usa-belehrt-uns-nicht-ueber-souveraenitaet



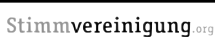
www.anti-zensur.info



www.klagemauer.tv



www.panorama-film.ch



www.stimmvereinigung.org



www.agb-antigenozidbewegung.de



www.sasek.tv

Studie beweist: Wahlfälschung in Deutschland keine Ausnahme, sondern die Regel!

Veröffentlicht am Mai 19, 2016 in Politik von anonymous



Schlagzeilen über Wahlbetrug kennen die Deutschen bislang nur aus Ländern wie Usbekistan. Nie sind Wähler, Parteien oder selbst der Bundeswahlleiter auf die Idee gekommen, Wahlergebnisse einmal konkret nachzuprüfen. Diese Arbeit haben sich nun aber die renommierten Politikwissenschaftler Christian Breunig und Achim Goerres von den Universitäten in Köln und Toronto gemacht und die Ergebnisse der Bundestagswahlen zwischen 1990 und 2005 nachgerechnet. Das Ergebnis ist erschreckend und lässt darauf schliessen, dass Bundestagswahlen schon seit vielen Jahren systematisch manipuliert werden. Besonders auffällig war das bei der letzten Wahl 2013, als Angela Merkels CDU mit knapp 42% der Stimmen ein sensationelles Wahlergebnis einfuhr. Fragte man damals im Freundes- oder Bekanntenkreis nach, so erhielt man stets nur ein Achselzucken und immer die gleiche Antwort: «Ich habe die CDU nicht gewählt!» Ja, wen dann? Diese Antwort findet sich in der wissenschaftlichen Ausarbeitung von Christian Breunig und Achim Goerres:

Searching for electoral irregularities in an established democracy: Applying Benford's Law tests to Bundestag elections in Unified Germany <http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S026>.

Goerres und Breunig haben sich die Zahlen von Union und SPD sowie der PDS/Linken angesehen und ihren Computer mit den Einzelresultaten aus allen 80 000 Wahlbezirken gefüttert. Den Wissenschaftlern zufolge handelt es sich um die erste Arbeit [1], die Ergebnisse deutscher Bundestagswahlen unter statistischen Gesichtspunkten auf mögliche Manipulationen überprüft und sich dafür das Benfordsche Gesetz der Statistik zunutze macht.

Zur Methodik:

Es wurden die Ergebnisse der grossen Parteien in den einzelnen Wahllokalen innerhalb eines Wahlkreises bei den fünf Bundestagswahlen 1990-2005 untersucht. Bekanntlich macht Benfords Gesetz Aussagen über die Häufigkeit von Ziffern in empirischen Datensätzen. Zum Beispiel: Als erste Ziffer hat man 30% die «1» und nur zu 4,5% die «9», als zweite Ziffer hat man 12% die «1» und nur zu 8,5% die «9». Die Autoren Breunig-Goerres untersuchen in ihrer Studie [1] nicht die ersten, sondern die zweiten Ziffern der Ergebnisse der einzelnen Wahllokale. Bilanzfälscher wie ENRON oder Worldcom sind einst darüber gestolpert. Bei rund 1500 Tests auf Wahlkreisebene stiessen sie vereinzelt auf signifikante Abweichungen. Bei 190 Tests auf Landesebene fanden sie 51 Abweichungen, das sind über 13%. Das Landesergebnis bei Bundestagswahlen gibt somit nicht den Wählerwillen wieder. Und es kann nicht sein, dass sich die Wahlhelfer einfach und zufällig verzählt haben, denn auch dies wären natürliche Prozesse. Die Verteilung der Ziffern müsste in dem Fall dem Benfordschen Gesetz entsprechen. Das tun sie aber nicht.

Vor allem zwei bedenkliche Muster sind den Wissenschaftlern aufgefallen. Bei der Wahl 2002 häuften sich im Osten die Verletzungen des Benfordschen Gesetzes für die PDS (heute Linke). Angesichts der enormen Abweichung von mehr als 1475 Punkten ist davon auszugehen, dass insbesondere die Wahlergebnisse 2002 systematisch manipuliert worden sind. Da wollten wohl die Wahlhelfer tüchtig nachhelfen? Unsere Schätzungen belaufen sich dabei auf 8 bis 12% anhand der exorbitant hohen Punktzahl der Abweichungen, die überwiegend in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen auftreten, also quasi im gesamten Osten Deutschlands.

Ostdeutschland wurde und wird manipuliert. Es hatte spätestens 2005 eine absolute linke Mehrheit! Auch bei der Wahl 2013 verlor die Linke wie 2002 (4,7%), diesmal jedoch mit 7,3%, fast doppelt soviel wie 2002 und wundersamerweise wanderte jedes einzelne Prozent zur CDU. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. (Siehe: Wahlergebnisse 1998–2013, Gewinne und Verluste; <http://oi61.tinypic.com/14d1qi9.jpg>)

Zudem traten Wahlfälschungen mit mehr als 300 Punkten gehäuft in drei Ländern auf und jeweils war die

dominierende Partei davon betroffen: In Bayern die CSU, in Baden-Württemberg die CDU und in Nordrhein-Westfalen die SPD. Alle drei haben die Wahlen dort gewonnen. Auch der Fall Dachau wird durch diese Untersuchung bestätigt, was die Richtigkeit der Ergebnisse unterstreicht.

Die statistischen Mittel sind leider nicht geeignet, um exakt festzustellen, in welcher Höhe manipuliert wurde. Dass sich die Wahlhelfer einfach und zufällig verzählt haben, wird in dieser Methode als natürlicher Prozess berücksichtigt und ist daher als Begründung auszuschliessen. Die Vernichtung der Wahlzettel erlaubt leider keine nachträgliche Analyse. Es ist wie ein Mord, bei dem die Leiche fehlt. Die Wissenschaftler hielten sich mit ihrer Veröffentlichung wohl bewusst ein wenig zurück. Die Publikation der Studie [1] erfolgte jedenfalls ausschliesslich in Englisch. Möglicherweise befürchtet man persönliche Nachteile – verständlicherweise.

Könnte es also sein, dass Wahlvorstände Wahlfälschung bei der Auszählung von Wahlen begünstigen oder gar fördern? Doch nicht einmal stichprobenartig wird die Arbeit der Wahlhelfer kontrolliert, keine wissenschaftliche Studie [1] gibt es in Deutschland, die sich damit beschäftigt, wie Wahlhelfer rekrutiert werden und wie sie ihre Aufgabe wahrnehmen.

So bleiben die Forschungsergebnisse völlig unbefriedigend. Denn mit Hilfe des Benfordschen Gesetzes lässt sich nichts über die Grössenordnung sagen. Goerres und Breunig können auf Basis ihrer statistischen Berechnungen zwar eindeutig belegen, dass eine oder mehrere Parteien von der Wahlabweichung betroffen sind, aber ihre Berechnungen lassen weder eine Aussage darüber zu, in welchem Umfang das Wahlergebnis falsch ist, noch in welche Richtung manipuliert wurde. Allerdings ist das auch gar nicht nötig, denn die Menschen können an einer Hand abzählen, wem da geholfen wurde.

(Mitgliederzahlen im Verhältnis zum Wahlergebnis: <http://s1.directupload.net/images/140815/c4effhg2.jpg>)

«Unsere Analyse funktioniert wie ein Fieberthermometer», sagt Achim Goerres, «wir haben gezeigt, dass ein ernstes Demokratieproblem existiert, können es aber nicht erklären.» Dafür wären weitere Untersuchungen notwendig, nur haben die regierenden Parteien daran keinerlei Interesse. Warum wohl?

Das heftige Fieber ist offensichtlich nötig, damit genügend Wähler aus ihrem Wolkenkuckucksheim fallen, um das mal nachzuprüfen.

Ein Demokratieproblem sehen wir auch in der Verteilung der Sitze. Denn dabei wird der Süden aufgrund der grösseren Bevölkerung eindeutig bevorzugt. Genauer gesagt, dominiert er mehr als die Hälfte aller Sitze, und zwar im Bundesrat und Bundestag. Damit kontrolliert der Süden den Rest des Landes. Wären wir alle gleich, könnte man sagen, grössere Bevölkerung – mehr Stimmen, das ist gerecht. Aber wir ticken unterschiedlich und wir sind auch unterschiedlich betucht. Jeder im Norden Geborene, der einmal im Süden gearbeitet hat, jeder, der zwischen Ost und West umgezogen ist, kann das bestätigen.

Im Norden und Osten Deutschlands kann der Wähler wählen was er will, er wird immer verlieren. In der Schweiz ist das anders geregelt, dort hat jedes Bundesland (Anm. Kanton), egal wie gross oder klein es ist, die gleiche Anzahl Sitze.

Deutschlands «Kolonien»; der Norden und der Osten; <http://oi57.tinypic.com/25iby7.jpg>

Wahlfälschungen in Deutschland:

Der Westen – Duisburg: Staatsanwaltschaft geht von Wahlfälschung aus, 12.04.2013 <http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/staatsanwalt..>

Hildesheimer Allgemeine – Hildesheim: Wahlbetrug im Internet leicht gemacht, 18.1.2013; <http://www.hildesheimer-allgemeine.de/news/article/wa..>

Legal Tribune – Schokolade und Zigaretten für jede Stimme, 17.1.2013 <http://www.lto.de/recht/nachrichten/n/lg-lueneburg-ur..>

Märkische Oderzeitung – Schöneiche: Erste Klagen zurückgewiesen, 4.10.2012 <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1040295/>

Südthüringen.de – Briefwahl mit den meisten ungültigen Stimmen, 24.4.2012 http://www.insuedthueringen.de/lokal/suhl_zellamehlis..,1974384

Berliner Zeitung – Berlin: Wahlbriefe im Müll, 23.09.2011; <http://www.bz-berlin.de/landespolitik/wahlbriefe-im-m..>

taz – Cuxhaven: Aufregung über vergessene Stimmzettel, 13.9.2011 <https://www.taz.de/Kommunalwahl-in-Cuxhaven/!78073/>

Rhein Zeitung – Wahlbetrug: Zwei Jahre zur Bewährung für Emser Kommunalpolitiker, 21.6.2011 <http://www.rhein-zeitung.de/region.html>

Cicero – Wahlhelfer unter Verdacht – wird bei Bundestagswahlen manipuliert?, 28.4.2011 (Studie) <http://www.cicero.de/97.php?item=6204>

Süddeutsche – 223 Briefwahl-Stimmen übersehen, 31.03.2011

FAZ – Briefwahlunterlagen im Müll gelandet, 29.03.2011

Wochenblatt Traunstein – Wahlmanipulation zu Gunsten der REPs, 23.3.2011 <http://www.wochenblatt.de/nachrichten/traunstein/regi...40122>

Bundesgerichtshof – Urteil zur Urkundenfälschung auf der Wahlbenachrichtigungskarte, 17.3.2011 <http://dejure.org/dienste/internet2?juris.bundesgeric..>

Spiegel Online – Ex-SPD-Sprecher wird Haftrichter vorgeführt, 16.3.2011 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/hamburg-ex-..>

Hamburger Morgenpost – So einfach ist Wahlbetrug, 11.02.2011 <http://www.mopo.de/wahl-2011/buergerschaftswahl-2011-...7137908,7185274.html>

General Anzeiger Bonn – Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Geschäftsführer der IHK Koblenz, 22.01.2011 (IHK-Wahlen sind reine Briefwahlen.) <http://www.general-anzeiger-bonn.de/lokales/wirtschaft..>

Welt – Neue Ermittlungen gegen Ciftlik, 15.01.2011; http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article1216..

NWZ Online – Vorwurf der Edewechter FDP auf Briefwahlmanipulation bei letzter Wahl besteht weiter, 20.12.2010

bild.de – Saftige Geldstrafe für Wahlfälschung, 15.12.2010; <http://www.bild.de/regional/hannover/saftige-geldstra..>

taz – Urteil zu Wahlbetrug im Altenheim verurteilt, 8.12.2010; <http://www.taz.de/1/nord/bremen/artikel/?dig=2010/12/..>

Rhein-Zeitung – Anklage gegen mutmassliche Wahlbetrüger aus Bad Ems, 30.11.2010 http://www.rhein-zeitung.de/regi-on/lokales/bad-ems_ar...-Anklage-gegen-mutmassliche-Wahlbetrueger-aus-Bad-Ems-_arid,168219.html#.U-3O1fl_svk

SWR – Ehepaar wegen Wahlfälschung angeklagt, 25.11.2010; <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/rp/-/id=1682/ni..>

Chiemgau Online – Gefälschte Wahlzettel: Prozess geplatzt – Angeklagter 60-Jähriger krank, 11.11.2010 http://www.heimat-zeitung.de/cho/archiv/781552_Gefals..

Wahlfälschung – SPD-Politiker muss 3000 Euro zahlen; <http://www.welt.de/politik/deutschland/article1161988..>

Die Welt – Verurteilung des SPD- Kreischef von Potsdam-Mittelmark Sören Kosanke zu den Kommunalwahlen 2008, wegen fehlendem Wohnsitz im Wahlbezirk, Brandenburg, Strafe 3000 Euro – auch Teltows Bürgermeister Thomas Schmidt (SPD) ist unter Verdacht weil er Hinweise auf Ungereimtheiten unterdrückt hat. Der Ex-Jusos-Landeschef Sören Kosanke wohnt eigentlich in Eberswalde und meldete erst 3 Tage vor der Wahl seinen Wohnsitz um. 06.01.2012

Unter <http://bit.ly/1pQMVpb> findest du die Fortsetzung dieser Linksammlung auf der du noch weitere hunderte Verlinkungen zu entsprechenden Berichten über Wahlfälschung findest.

Quelle: <http://derwaechter.net/studie-beweist-wahlfalschung-in-deutschland-keine-ausnahme-sondern-die-regel>

FIGU-Informationen zum Thema Wahlbetrügereien:

Auf eine an «Billy» Meier gerichtete Frage, ob ihm bekannt sei, ob und in welchem Ausmass auf der Erde, insbesondere auch in Europa und in den USA, Wahlbetrug begangen wird, wer daran beteiligt sei und inwieweit die Regierungen selbst darin verwickelt seien, gab es folgende Antwort:

«Billy sagte, dass die Regierungen weltweit in Wahlbetrügereien verwickelt sind.»

Putin: Russland hat mit verstärktem Nationalismus und Fremdenhass in Europa nichts zu tun

Sputnik; Fr, 17 Jun 2016 04:59 UTC



Russland hat mit der wachsenden Popularität der nationalistischen Bewegungen in Europa nichts zu tun, wie der russische Präsident Wladimir Putin am Freitag in einer Pressekonferenz nach seinem Gespräch mit dem italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi sagte.

© Sputnik/ Eduard Erben

Auf die Frage eines italienischen Journalisten sagte Putin: «... In Europa bildet sich eine Denkschablone, laut der Russland angeblich irgendwelche nationalistische Parteien unterstützt und besondere Beziehungen mit ihnen unterhält. Ich habe meinen europäischen Freunden schon vor langer Zeit, vor zehn Jahren gesagt, dass die nationalistischen Bewegungen und Parteien aufgrund der von ihnen betriebenen Politik unvermeidlich an Popularität gewinnen werden. So geschieht es auch wegen des wachsenden Zustroms von Flüchtlingen und Migranten. Wir (Russland Anm. d. Red.) haben nichts damit zu tun», so Putin.

Der russische Präsident fügte hinzu, die Hilfe für die Flüchtlinge sei eine delikate humanitäre Frage. «Die

Menschen, die vor einem Krieg fliehen, brauchen Hilfe. Klar ist aber auch, dass jedes Land bei der Gewährung solcher Hilfe vor allem an seine Bürger denken muss. Wir wollen uns in diese Angelegenheiten nicht einmischen», sagte Putin.

Quelle: <https://de.sott.net/article/24574-Putin-Russland-hat-mit-verstarktem-Nationalismus-und-Fremdenhass-in-Europa-nichts-zu-tun>

Regierungschef Renzi in Russland: «Ende Europas droht. Ich stimme Putins weisem Vorgehen zu»

Sputnik; Fr, 17 Jun 2016 05:04 UTC



Italiens Regierungschef Matteo Renzi hat Präsident Wladimir Putin mit seiner Äusserung über ein «Ende Europas» erschreckt. «Unser italienischer Freund hatte gesagt, dass Europa aufhört zu existieren, wenn es sich nicht ändert. Das war schaurig», sagte Putin am Freitag bei einer Podiumsdiskussion auf dem Wirtschaftsforum in St. Petersburg.

© Sputnik

«Ich bin, ehrlich gesagt, einer anderen Meinung. Europa bleibt immer Europa. Fundamentale Grundlagen der europäischen Wirtschaft führen vor Augen, dass Europa in jedem Fall — unabhängig von seiner inneren Entwicklung — bestehen bleibt. Das ist unser führender Handels- und Wirtschaftspartner. Es liegt klar auf der Hand, dass sich führende europäische Politiker mehr Dynamik wünschen — wir eigentlich auch», sagte der russische Staatschef.

Bei der Diskussion auf dem Forum hatte Renzi erklärt, dass Europa, das sich auf finanzielle Einschränkungen gründet, sich ändern müsste, um seinen Untergang zu verhindern.

Quelle: <https://de.sott.net/article/24571-Regierungschef-Renzi-in-Russland-„Ende-Europas-droht-Ich-stimme-Putins-weisem-Vorgehen-zu>

Berlin verschleiert Flüchtlingszahlen – CSU will Klarheit

By Huttinger on 23. Juni 2016



Über die Höhe der aktuellen Flüchtlingszahlen in Deutschland gibt es offenbar erhebliche Differenzen. Nach Informationen der PNP spricht Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) intern davon, dass zwischen Januar und Mai des laufenden Jahres 117 723 Flüchtlinge ins Land gekommen seien. Dem stehen jedoch offizielle Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge entgegen, das für denselben Zeitraum 205 929 Asylsuchende auflistet.

Der Unterschied ist politisch brisant, denn der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hatte im Januar maximal 200 000 Flüchtlinge pro Jahr gefordert – mehr seien nicht zu verkraften. Stimmen die Zahlen des Migrationsamtes, dann ist die von Seehofer ins Spiel gebrachte Obergrenze längst erreicht. De Maizières Variante käme dagegen – hochgerechnet auf das gesamte Jahr 2016 – den Vorstellungen des CSU-Chefs relativ nahe.

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer forderte auf Anfrage der PNP eine Klärung des Sachverhalts: «Die Devise ist: Klarheit schaffen. Die Zahlen und Statistiken müssen passen, denn nur so kann man die Lage richtig bewerten und die Situation wieder in Ordnung bringen.»

Quelle: PNP bzw. <http://www.denken-macht-frei.info/berlin-verschleiert-fluechtlingszahlen-csu-will-klarheit/>

Petry nach Brexit: Es ist Zeit für ein neues Europa!

Epoch Times, Freitag, 24. Juni 2016 09:44



AfD-Chefin Petry sieht den Brexit als Chance für ein «neues Europa», in dem man partnerschaftliche Beziehungen pflegt und der «Wille des nationalen Souveräns geachtet wird».

AfD-Chefin Frauke Petry

Foto: MICHAEL KAPPELER/Getty Images

Zu den neuesten Entwicklungen rund um den Brexit heisst es aus dem Pressebüro der AfD-Vorsitzenden Frauke Petry:

«Der EU-Austritt Grossbritanniens ist ein Signal an das Brüsseler Politbüro und seine bürokratischen Anhänge. Wenn die EU nun nicht endlich den falsch eingeschlagenen Weg und das quasi-sozialistische Experiment der vertieften politischen Integration verlässt, werden sich weitere europäische Völker ihre Souveränität auf dem britischen Weg zurückerobern. Weitere Exits wären die Folge. Mindestens müssen der Brüsseler Wasserkopf radikal reduziert und der zentralistische Regulierungswahn beendet werden.

Die Zeit ist reif für ein neues Europa, für ein Europa der Vaterländer, in dem wir friedlich miteinander Handel treiben, partnerschaftliche Beziehungen pflegen und der Wille des nationalen Souveräns geachtet wird. Die Bundesregierung kann man nur davor warnen, jetzt einfach den fehlenden britischen Nettobeitrag mit deutschem Steuergeld zu stopfen und den politischen Irrweg fortzusetzen.»

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/europa/petry-nach-brexit-es-ist-zeit-fuer-ein-neues-europa-a1339267.html>

Den aufrechten Gang wieder lernen

Veröffentlicht am 21. Juni 2016 von Wolfgang Arnold



Seit 8000 Jahren haben Deutsche mit Erfindergeist und Wagemut die Welt verändert und das Leben der Menschen bereichert. Nicht erst mit der industriellen Revolution begann der Aufbruch in ein neues Zeitalter. Die ältesten, auf deutsche Leistung zurückgehenden Erfindungen sind über 8000 Jahre nachweisbar.

Historische Zeugnisse belegen: Die Töpferei, das älteste Ruder der Welt, der älteste Pflug der Welt, die Haarbürste, Pferdezucht, Seife, Dreifelder-Wirtschaft, die Astronomie, Drehbank, Schraubstock, der Webstuhl mit Trittbrett, die Getreidemühle, nicht zu vergessen Johannes von Gutenberg und der Buchdruck ...

In neuerer Zeit der Bleiakкумулятор durch Wilhelm Josef, Gasentladungsröhre durch Julius Plücker, Glühlampe (Bambusfasern in einem Vakuum) durch Johann Heinrich Christoph Conrad Göbel, Funkeninduktor (Induktionsapparat: Gerät zur induktiven Erzeugung von Hochspannungsimpulsen) durch Heinrich Daniel Ruhmkorff, die Wärmepumpe durch Peter von Rittinger, der Doppel-T-Anker für den elektrischen Dynamo durch Ernst Werner von Siemens, das Biophon (Gerät, um Stummfilme mit dem Ton vom Grammophon zu synchronisieren) durch Oskar Eduard Messter, die Reisszwecke durch Johann Kirsten oder die Thermosflasche durch Reinhold Burger ...

In der endlosen Liste fantastischer Neuerungen aus der zweiten Hälfte des 19. und des 20. Jahrhunderts dürfen die Namen von Gottfried Daimler, Robert Bosch, Werner von Siemens, Rudolf Diesel, Albert Einstein, Otto Lilienthal, Melitta Bentz, Heinrich Hertz, Paul Gottlieb Nipkow, Justus Liebig, Peter Henlein, Herman Hollerith oder Robert Bunsen und Konrad Zuse nicht fehlen. Und doch ist diese Aufzählung längst nicht am Ende.

Deutscher Entdecker- und Erfindergeist führte zur weltweiten Marktführerschaft auch und vor allem in den Bereichen der Chemie. Durch synthetische Kautschuke und Treibstoffe, Kunststoffe, künstlich hergestellte

Farben, Fasern und Edelsteine, durch Dünge-, Pflanzenschutz- und Arzneimittel aus Wasser, Luft, Kohle und Kalk revolutionierten deutsche Erfinder und Entdecker die Wissenschaften und das normale Leben auf dieser Erde.

Durch die Entwicklung in zahlreichen Bereichen wie in der Technik oder Medizin, aber auch das bessere Verständnis für Zusammenhänge liessen die Lebensqualität vieler Menschen ansteigen, schufen zugleich aber auch neue Probleme besonders im sozialen Bereich.

Buchdruck, Fernsehen, MP3, Schallplatte, Röntgenstrahlung, Aspirin, Fahrrad, Automobil und sogar die Gummibärchen wären ohne deutschen Erfindergeist vermutlich nicht denkbar.

Mit einer Artikelserie unterstreicht IQpress nicht nur, wie tatkräftig die Deutschen die Welt vorangebracht haben, sondern vor allem, wie infam und volksverhetzend den Deutschen die Erinnerung an ihre Glanzleistungen ausgetrieben wurde, so dass sich junge Menschen heute beschämt zu einem Volk von Verbrechern gehörend fühlen und voller Schuldgefühle den aufrechten Gang verloren haben.

Quelle: <http://krisenfrei.de/den-aufrechten-gang-wieder-lernen/>

«Alternativlose» Politik: Gesine Schwan nennt Merkel «Avers gegen öffentliche Kommunikation»

Epoch Times, Dienstag, 21. Juni 2016 10:39



Den Slogan von «alternativloser» Politik findet sie «dumm»: In einem Interview hat Gesine Schwan (SPD) der Bundeskanzlerin vorgeworfen, die Grundvorstellung der Demokratie zu unterminieren.

*Gesine Schwan kritisiert Merkels Unwillen zur Kommunikation.
Foto: Andreas Rentz/Getty Images*

Die Kanzlerin sei «ganz besonders avers gegen öffentliche Kommunikation und gegen die Kommunikation von Alternativen». Das sagt SPD-Politikerin Gesine Schwan über Angela Merkel (CDU). Sie wirft der Kanzlerin vor, Politik zu machen ohne diese zu begründen. Merkel habe die Grenzen geöffnet ohne dies ausreichend zu begründen – sowohl den anderen EU-Staaten gegenüber als auch dem eigenen Volk.

Viele Fragen seien bis heute offen: «Warum die Öffnung? Geht es um eine Öffnung aus einer konkreten Notlage heraus, die wieder zurücknehmbar ist, oder um eine grundsätzliche Öffnung?», fragt die SPD-Politikerin. All das habe die Kanzlerin «weder kommuniziert noch begründet». «Was völlig gefehlt hat und bis heute fehlt, ist die Kommunikation des grösseren Zusammenhangs», so die SPD-Politikerin im Interview mit dem «Philosophie Magazin».

Obwohl die Kanzlerin mittlerweile das Steuer herumgerissen und ihre Politik stark geändert habe, kommuniziere sie wieder nicht: «Die Bundeskanzlerin verfolgt jetzt eine klare Politik der Abschottung», so Schwan.

Ohne Merkels Namen zu nennen, sagte Schwan dem Medium: «Es ist einfach ganz gefährlich, so zu tun, als sei eine Politik alternativlos.» Als Slogan sei dies «dumm». Ausserdem «unterminiert (es) die Grundvorstellung der Demokratie und der Republik, dass wir uns öffentlich ein Urteil bilden sollen über zukünftige Entwicklungen», so Schwan laut Focus. (kf)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/alternativlose-politik-gesine-schwan-nennt-merkel-avers-gegen-oeffentliche-kommunikation%e2%80%9d-a1338459.html>

Wolkenkuckucksheimer reif für eine Therapie

Veröffentlicht am Juni 19, 2016 von helmut mueller

Résidants dans les nuages mûr pour une therapie

Cloud-cuckoo-land residents ripe for a therapy

Der 1992 verstorbene Verhaltensforscher Otto König, ein Konrad Lorenz-Schüler, hat mir gegenüber in einem Gespräch über Missstände auf dem schwarzen Kontinent und die sich für uns daraus ergebenden Konsequenzen, so unter anderem eine Massenflucht nach Europa, mehr augenzwinkernd als todernst, einmal gemeint, am besten wäre es, um Afrika herum eine Mauer zu errichten.

Doch die Mutti aller Armen der Welt hat ganz andere Vorstellungen. Madame Merkel, oder vielleicht doch ein «Big Boss», möchte gut ausgebildete und intelligente Afrikaner nach Deutschland holen. Und den schwarzen Kontinent dann seinem Schicksal überlassen? Mit der Aussicht, dass dann noch mehr flüchten. Aber vielleicht ist das der Hintergedanke der genialen Politikerin und ihrer Verbündeten im Hintergrund.

Absurder Gedanken schwanger auch der «Reinblüter» Wolfgang Schäuble. Dieser möchte sein grosses Volk blutsmässig besser aufgestellt sehen. Die Abschottung sei doch das, was uns kaputt machen würde, was uns in Inzucht degenerieren liesse, schwadroniert er. Da dürfen die angeblich inzestbegeisterten Teutonen doch hoffen, dass der geschlechtsreife Nachwuchs des Schäuble-Clans schon einmal vorbildlich bei «inzestfreien» Familien mit orientalischem Migrationshintergrund anklopft.

Ein anderer hoffnungsvoller, bereits in die Jahre gekommener Spross der global vernetzten Welt-Neuordnungsdynastie, der noch nicht ganz fix im feudalen Präsidentensattel sitzende Alexander Van der Bellen, wohl auch ein Wolkenkuckucksheimer, kann sich, wie schon einmal hier bemerkt, ebenfalls für «Vermischtes» erwärmen, wenn auch über seine Lieblingszutaten noch nichts Näheres bekannt ist.

Man kann sich aber vorstellen, welcher Melange-Balg bei diesen Zauberlehrlingen dabei herauskommen soll. Immerhin kennen wir dessen Namen schon: «mixed-super-culture» soll – laut dem Kommissionsvize dieser Elendsunion, Frans Timmerman – die niedliche Missgeburt heissen. Frei nach Coudenhove-Kalergie: Eine Union, eine Mischlingsgesellschaft, eine Führung.

Was ist bloss los mit «unseren» Politikern? Der von mir geschätzte und von mir schon einmal erwähnte Jacob Burckhardt schrieb 1891: Eine höhere Hand habe «einst in das Menschengeschlecht für das Leben des Einzelnen, das Gewissen und für das Leben des Allgemeinen, die Fähigkeit zum Recht» gesenkt. Burckhardt bemerkte damals schon eine «wachsende Entartung» und ein «Aufbrauchen dieser edlen Fähigkeiten».

An welchem Punkt der Entartung man heute in der Politik bereits angelangt ist, kann daraus ersehen werden, dass eine grosse Anzahl von Politikern davon überzeugt zu sein scheint, dass die Welt nicht mehr von Burckhardts höherer Hand, sondern von der unersättlichen Gier der Banker und Investoren und dem parallel einhergehenden «wishfull thinking», also dem Wunschdenken weltfremder Spinner geleitet werden soll.

Möglicherweise sind viele Politiker gar nicht geistesgestört wie viele bereits meinen, vielleicht mangelt es ihnen nur an Geist und an Bildung, vielleicht sogar an selbständigem Denken. In ihrer banalen Welt, in der sie sich bis zur Pension gemütlich eingerichtet haben, zählt gewiss anderes: So scheinen sie jedenfalls bestens dafür qualifiziert zu sein, ihre duldsamen «Lämmer» mit allerlei Versprechen und «Events» bei Laune zu halten, um sie dem grossen Markt zur Verfügung stellen zu können.

Dieser schier endlos scheinende freie Markt ist ja bekanntlich auf Gewinnmaximierung und stetes Wachstum angewiesen. Das erfordert aber auch, dass frische «Ware» aus Regionen herbeigeschafft werden muss, in denen diese im Übermass vorhanden und vor allem äusserst günstig zu erwerben ist. Auch wenn auf dem «Trail» unzählige fremde «Lämmer» verenden.

Da frage ich mich: Haben denn Politiker kein Gewissen? Man könnte es, wenn auch nicht in allen Fällen, annehmen. Und sind denn wir «Lämmer» tatsächlich so bescheuert wie Brechts «dümme Kälber»? In der Tat spricht ja vieles dafür, da scheinen sich die Weissen von den Schwarzen nicht gar so sehr zu unterscheiden. Auch wenn der naive Glaube, vom nächsten politischen Heilsverkünder auf eine gute Weide geführt und dort ewiglich behütet zu werden, da wie dort durchaus legitim und verständlich ist.

Aus der Sicht von Politikern wie die vorhin genannten, muss die Welt übrigens ausgesprochen schlecht sein, und, sie selbst ausgenommen, so auch die meisten Menschen. Also gehörten diese und die Welt verbessert, umgeformt und neu geordnet. Damit identifiziert sich die politische Elite mit den Plänen der wahren Herren der Welt. Von Umvolkung oder Austausch will man zwar nicht sprechen, ersatzweise aber von Ethnoforming und Ethnomorphose.

Dazu eine Zwischenbemerkung, die Friedrich dem Grossen zugeschrieben wird: «Einzig die vollständige Zerstörung des Staatswesens (Anmerkung: also Chaos) und seine Neubevölkerung mit fremden Ansiedlern können

nach meinem Dafürhalten den Geist eines Volkes von Grund auf ändern. Aber man sehe sich vor: Das wäre nicht mehr das gleiche Volk.»

Nun, wie war es denn möglich, dass unsere Politiker sich selbst und ihrem ursprünglichen Auftrag so nachhaltig untreu geworden sind? Und was ist in uns gefahren, dass wir unsere «Verbesserung» und diese Ethnomorphose weiterhin lämmert mitmachen? Was hat den von Burckhardt festgestellten Prozess der Entartung und des Aufbrauchens edler Fähigkeiten so weit (an)getrieben? Alle Wege führen in das alte Rom, möchte man sagen, die Frage wäre dann nur, an welcher Station wir gerade angekommen sind.

Aber vielleicht überzeichne ich. Es ist möglicherweise wirklich so, dass jede Zeit einfach nur ihre Neurose hat, wie Viktor Frankl einmal bemerkte. Aber dann brauchte sie, wie derselbe meinte, auch eine Psychotherapie. Die Politiker und ihre neurotisierten «Lämmer» wohl auch? Aber vielleicht genügte es schon, nur die Politiker zu therapieren. Empfehlenswerte Mittel dazu: Liebesentzug, Abwahl, zur Verantwortung ziehen.

PS. Ich möchte noch eine Bemerkung zum Mord an der britischen Politikerin Jo Cox machen. Vor dem Mord lagen die Brexit-Befürworter in den Umfragen angeblich vorn, was nach Pressemeldungen Panik beim Finanzmarkt ausgelöst haben soll. Nach dem Mord lagen die Gegner eines Austritts plötzlich vorne und die Börsenkurse wie auch das Pfund stiegen. Ein Schelm, der sich was Böses dabei denkt?

Zum Thema

Ethnoforming: https://www.youtube.com/watch?feature=player_detailpage&v=sG6h49rG17M

EU-Kommission-Vize Timmermann für „mixed super-culture“. <https://youtu.be/N14U5ZE-N2w>

Multikulti trifft Nationalismus: <https://youtu.be/bPmlOawput0>

Muhammed Ali spricht Klartext: <https://www.youtube.com/watch?v=RqmkiusQRsk>

Quelle: <https://helmutmueller.wordpress.com/2016/06/19/wokenkuckucksheimer-reif-fuer-eine-therapie/>

Grüne Lebenslügen: Warum Migration kein Menschenrecht sein kann

Epoch Times, Dienstag, 21. Juni 2016 17:39



Was spricht gegen die Kategorisierung nordafrikanischer Länder als «sichere Herkunftsstaaten»? Die Menschenrechtslage in diesen Ländern, argumentieren die Grünen. Und so ist jeder Basardieb hier willkommen, damit er in seiner Heimat nicht verfolgt wird. Eine Reise in die Abgründe grüner Lebenslügen.

Migranten auf einem Zaun zwischen Marokko und der spanischen Enklave Melilla im Februar 2015.

Foto: ANGELA RIOS/AFP/Getty Images

«In einem einzigen Punkt haben die Grünen Recht: Es gibt keine sicheren Herkunftsländer.» So beginnt der Kommentar des «Welt»-Europakorrespondenten Dirk Schümer, der sich der Frage annahm, warum sich die Grünen so sehr dagegen wehren, dass die Staaten Nordafrikas als sogenannte «sichere Herkunftsländer» klassifiziert werden.

Welches Land ist schon sicher? Selbst in der Schweiz und in Luxemburg würden Informanten, welche an der Aufdeckung von deutschem Steuerbetrug beteiligt sind, Strafverfolgung drohen. So kämen auch «abgewiesene, vielleicht gar straffällige Asylbewerber» aus den nordafrikanischen Ländern Marokko, Algerien oder Tunesien nach ihrer Überführung in die Heimat «in keine geölten Rechtsstaaten».

Und da setzt auch die grüne Logik an. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, habe den Widerstand ihrer Partei «gegen die Umwidmung der Maghreb-Staaten nach gewohntem Muster» begründet: In diesen Ländern gebe es «massive Menschenrechtsverletzungen».

Ländereinteilung als pragmatische Konsequenz von Erfahrungen

Der Autor kommt jedoch zum Schluss: Wenn Asylbewerber bestimmter Herkunftsländer über Jahre hinweg so gut wie nie anerkannt würden, sei es nicht mehr angebracht, «jeden Einzelfall über Monate oder Jahre auf dem teuren Rechtsweg abzuwägen». Auch wenn dies für manche Betroffene hart sei.

Auch die Romafamilie vom Balkan habe ausser der Diskriminierung im Alltag im heutigen Serbien oder Kosovo kaum mit Folter, Vergewaltigung oder Inhaftierung zu rechnen. In Nordafrika sei das nicht anders, denn sonst würden die Asylanträge, trotz «Einzelfallprüfung», nicht massenhaft abgewiesen.

Dem scheinen die Grünen nicht folgen zu können. Oder, wie es der Autor beschreibt: Die Grünen würden sich gegen die Erklärung der Maghreb-Staaten zu «sicheren Herkunftsländern» wehren, weil es «Teil ihrer fatalen Lebenslüge» ist, jeden Armutsflüchtling bei uns aufnehmen zu müssen und in ihrem Weltbild die «Armuts-migration aus Afrika oder Vorderasien als Menschenrecht» erscheint.

Go to Germany

Nach welchen Kriterien entscheidet eine Gemeinschaft, ob ein Fremder in ihr willkommen geheissen wird? Ist der willkommen, der es mit Hilfe dubioser Schleuserbanden geschafft hat, illegal das Land zu betreten? Oder ist es der, der unter dem Vorwand der individuellen Gefährdung und mit Hilfe von Gerichtsverfahren soviel Zeit gewinnt, dass er den Rechtstitel einer Duldung erlangt? Oder ist es derjenige, der gleich und direkt in Illegalität und Kriminalität abtaucht?

Es ist nicht überzeichnend, dass der Autor die logische Schlussfolgerung zieht, dass illegale Zuwanderung dann irgendwann automatisch legal wird. Doch wohin führt das?

Paradebeispiel für junge Intensivtäter aus nordafrikanischen Staaten ist NRW und hier insbesondere Köln und Düsseldorf. Ganze Stadtteile werden drangsalieret, die Polizei ist machtlos, zahnlos, wird ausgelacht. Denn diese jungen Leute sind ganz andere Polizisten gewohnt. Rechtsfreie Räume entstehen, werden aber offiziell nicht zugegeben. Man spricht beispielsweise von den Menschenrechten in Marokko. Doch keiner spricht von den Menschenrechten der Bürger in Deutschland, die unter den kriminellen Nafris leiden.

Marokkos Problemjugend

Nordafrikaner gelten nicht erst seit der Kölner Silvesternacht als Problemimmigranten. Man könnte meinen, dass diese Menschen aus dem armen Marokko nach Europa fliehen, um ein besseres Leben zu haben. Doch so arm ist Marokko nicht. Das Land ist reich an grossen Phosphatvorkommen, die für die Düngemittelindustrie eine entscheidende Rolle spielen.

«Doch dieser Reichtum kommt, wie in fast allen undemokratisch-islamischen Staaten, eher einer kleinen Elite um den Monarchen zugute», schreibt der Korrespondent der «Welt». Er meint sogar, dass Marokko deshalb eines der reichsten Länder der Welt sei.

Deshalb wirke es so, als ob Marokko seine «hoffnungslose Problemjugend wohlwollend ins deutsche Sozialsystem» exportiere.

Asylrecht anno dazumal

Es sei völlig klar, dass sich die Migration aus Dutzenden von Staaten, deren Jugend oft zu Millionen nach Mitteleuropa strebe, nicht dauerhaft über das Asylrecht werde regeln lassen.

«Hier einfach weiterzumachen wie zu Zeiten, da ganz wenige verfolgte Schriftsteller und gefolterte Oppositionspolitiker aus der Dritten Welt in Deutschland um Asyl nachsuchten, ist nichts anderes als Heuchelei.»

Das Problem müsse über ein Zuwanderungsgesetz geregelt werden, ausgerichtet auf «deutsche Anforderungen und europäische Bedürfnisse».

In den armen Ländern hätten die Menschen diese Lücke viel besser begriffen als alle Grünen-Politiker, sonst würden nicht Hunderttausende aus dem Maghreb, Pakistan, Bangladesch, Ägypten, Somalia, Gabun etc. ihre Pässe wegwerfen und sich bei uns als kriegsflüchtige Syrer zu tarnen versuchen, gibt der Autor zu bedenken. (sm)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/gruene-lebensluegen-warum-migration-kein-menschenrecht-sein-kann-a1337149.html>

Merkel erhöht deutsche Militärausgaben – auf Befehl der Nato

Deutsche Wirtschaftsnachrichten; Do, 23 Jun 2016 01:08 UTC

Bundeskanzlerin Merkel will der Aufforderung der Nato Folge leisten und die deutschen Militär-Ausgaben deutlich erhöhen. Der Grund seien asymmetrische Bedrohungen in Europa. Die Nato sieht Russland als zentrale Bedrohung.



© dpa

Die polnische Ministerpräsidentin Beata Szydło und Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch in Berlin.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Kritik an ihrer Forderung nach deutlich höheren Verteidigungsausgaben Deutschlands zurückgewiesen. Das sei eigentlich selbstverständlich, weil die Bundesregierung «als Ganzes» sich zum Nato-Ziel bekannt habe, dass Mitgliedstaaten zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung ausgeben sollen, sagte Merkel am Mittwoch nach einem Treffen mit der polnischen Regierungschefin Beata Szydło in Berlin. Sie reagierte auf Kritik aus der SPD und der Opposition auf eine ähnliche Äusserung von ihr am Dienstagabend. Die SPD-Parlamentsgeschäftsführerin Christine Lambrecht sprach von einer Position, «die sehr überraschend in den Raum gestellt» worden sei.

Merkel sagte, alle Nato-Partner hätten beschlossen, auf «längere Perspektive» ihre Ausgaben auf zwei Prozent zu erhöhen. Deutschland liegt derzeit bei 1,2 Prozent des BIP, der Anteil ist in den vergangenen Jahren gesunken. Auch auf dem Nato-Gipfel in Warschau Anfang Juli dürfte es deshalb angesichts grösserer Spannungen etwa mit Russland eine erneute Debatte über den deutschen Beitrag geben. Zudem gebe es das Ziel, dass ein Teil des zusätzlichen Geldes in neue Ausrüstung der Armeen gehen solle. «Das haben alle Nato-Partner beschlossen. Deutschland hat diese Ziele noch nicht erreicht», betonte Merkel. Die EU stehe aber vor neuen asymmetrischen Bedrohungen, weshalb das Nato-Ziel von zwei Prozent «auf mittlere und längere Sicht nicht nur auf dem Papier stehen kann», betonte die Kanzlerin. «Das ist die gemeinsame Position der Bundesregierung.» Sie verwies darauf, dass man den Etat des Verteidigungsministeriums zusammen mit der SPD gerade erhöht habe.

Am Dienstag hatte Merkel die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auch damit begründet, dass sich die Europäer nicht dauerhaft darauf verlassen könnten, dass die USA sie verteidigten.

Quelle: <https://de.sott.net/article/24682-Merkel-erhoht-deutsche-Militarausgaben-auf-Befehl-der-Nato>

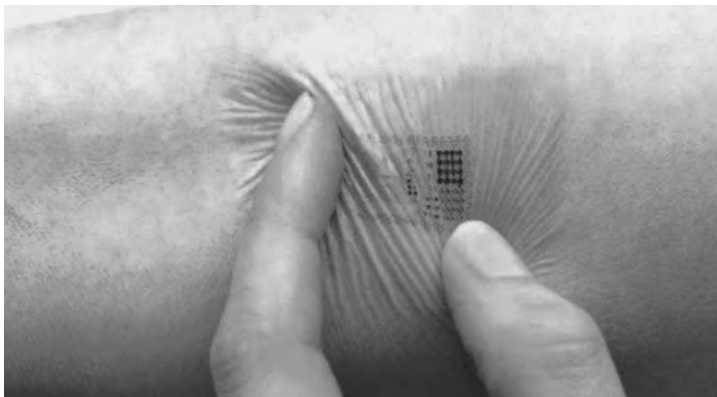
Hierzu Auszüge aus dem 251. Kontaktgespräch vom 3.2.1996

Billy: ... Während der Massentourismus immer gewaltigere Formen annimmt und langsam aber sicher noch die letzten Paradiese der Erde mit Beschlag belegt und zerstört, werden die ersten Schritte für einen Marsflug unternommen, der jedoch nicht gerade unter einem guten Stern stehen wird, während dem nur kurz darauf folgenden mehr Glück beschieden sein wird, auch wenn durch gewisse Probleme technischer Natur unverhofft Schwierigkeiten auftreten werden. Dies alles ergibt sich nur kurz nach der Zeit, wenn die weltweite Misere der Arbeitslosigkeit und alle damit verbundenen Übel endlich behoben und bewältigt werden, wobei dann jedoch auch eine neue Aufstockung der Waffenarsenale erfolgt, wenn in weltweiter Form die Waffenproduktion wieder angekurbelt wird. Dies sind bereits wieder erste Zeichen für einen drohenden Dritten Weltkrieg, der durch eine Prophetie angekündigt ist, wenn der Erdenmensch sich nicht bemüht, diese Gefahr durch seine Vernunft und ein demgemäss richtiges Denken und Handeln abzuwenden. Handelt der Mensch jedoch nicht der Prophetie-Erfüllung entgegenwirkend, dann wird eine neuartige und sehr zerstörerische neue Waffe ihre Vollendung finden, die beim nächsten Weltkrieg verheerende Folgen hervorrufen wird. Dazu kommen kann es dann auch darum, weil die Überwachung der Erde vom Weltraum aus sträflich vernachlässigt wird. Und wieder werden neue Waffen von sich reden machen, wie auch der Tod von vier Staatsoberhäuptern, die innerhalb von sieben Tagen sterben werden. Dies wird ein letztes Gefahrenzeichen dessen sein, dass der schon so lange gefürchtete Weltkrieg dann doch noch ausbrechen wird innerhalb nur noch rund zwei Jahren, wenn die Erdenmenschen nicht endlich der Vernunft mächtig werden und alles Übel stoppen. Geschieht dies nicht, dann nutzt es den Menschen auch nichts mehr, wenn sie versuchen, gegen die neuen, tödlichen Waffen zu protestieren, um diese zu ächten, denn die Waffenarsenale werden dann in vielen Ländern bereits vollgefüllt damit sein. Also wird es auch nichts mehr nutzen, wenn nachträglich noch Gesetze erstellt werden, die das Nutzen dieser Waffen verbieten sollen. Wenn der Mensch nicht endlich vernünftig wird, dann ist der Dritte Weltkrieg tatsächlich nicht zu vermeiden, der erst mit konventionellen Waffen begonnen, dann

jedoch atomar sowie chemisch, biologisch und strahlenmässig eskalieren wird. Beginnen wird der Weltkrieg dann in einem bestimmten Jahr im Monat November, nachdem rund 5 Jahre daraufhin gearbeitet worden ist in intensiver Form, wobei dieser Zeit noch vier weitere Jahre vorangesetzt sein werden in unbestimmt vorbeitender Form. Bricht der Krieg dann tatsächlich aus, dann dauert er bis auf rund einen Monat 4 Jahre, so er also im Monat Oktober des vierten Jahres enden wird, nachdem die nördliche Halbkugel der Erde weitgehend zerstört wurde durch Atomfeuer und radioaktive Strahlung, durch die sowohl die Tierwelt als auch die gesamte Pflanzenwelt vernichtet wird, wenn der Mensch nicht dazu sieht, dass sich die Prophezie nur als solche erweist und nicht in Erfüllung geht. Geschieht das aber nicht, dann folgen den vier Kriegsjahren noch weitere, bittere elf Jahre der Not, des Elends und der Hungersnot und vieler anderer Übel. Nachkommen werden infolge der radioaktiven Strahlung Verkrüppelte und Mutierte sein, und viele derjenigen, die den Krieg überleben, werden radioaktiv verseucht und verbrannt sein, wie auch durch Chemiewaffen grässliche und Entsetzen hervorrufende Hautkrankheiten in Erscheinung treten werden. Durch biologische Waffen wird dies ebenfalls der Fall sein, wie durch diese auch Geschwüre und vielerlei andere Übel und gar böse menschliche Ausgeburten hervorgerufen werden usw.

Implantierbare RFID-Chips: Jetzt wirbt der Hersteller sogar auf deutschen Strassen

Posted on Juni 25, 2016 6:45 pm by jolu; von Heiko Schrang / Gastautor, Samstag, 25. Juni 2016 20:21



Ein Hersteller von implantierbaren Mikrochips hat begonnen, auf Deutschlands Strassen Promotion zu machen. Bestsellerautor Heiko Schrang (»Die Jahrhundertlüge, die nur Insider kennen«) beobachtet das Voranschreiten der Überwachungstechnologie alarmiert. Hier sein neuester Lage-Bericht:

Ein RFID-Chip in Form eines Tattoos. Für die Implantation wurde bereits im ZDF und nun auch auf deutschen Strassen geworben. Foto: Screenshot von Topinfopost.com

Eine Leserin unseres kostenlosen Newsletters informierte mich darüber, dass am 16.6.2016 in Leipzig ein futuristisch aussehender, gelber LKW der Firma NXP ausgestellt war. Auf den ersten Blick klingt es für die -jenigen harmlos, die mit der Firma NXP nichts anfangen können, aber für diejenigen, die wissen, was dahinter steckt, gehen alle Alarmglocken an. Die Firma NXP, ein börsennotiertes Unternehmen, stellt nämlich den RFID-Chip her.

Ferner schrieb die Leserin, dass ihr dieser Schriftzug gleich bekannt vorkam, dabei fiel ihr ein Beitrag von mir ein, den sie wenige Tage vorher gesehen hatte. Dieser Artikel, in dem es darum ging, dass unseren Kindern im Kika-Kanal der RFID-Chip schmackhaft gemacht wurde, schlug grosse Wellen im Internet und hat über eine halbe Millionen Menschen erreicht.

Die Deutschlandtour der Firma NXP kann man auch so betrachten, dass der Wolf im Schafspelz unterwegs ist, um naive Schafe zu gewinnen, die er später reissen kann. Die meisten wissen nämlich nichts über diesen teuflischen Chip, für den das Patent im Jahre 2012 beantragt wurde und der im Zusammenhang mit dem Flugzeugabsturz MH370 stehen soll, in dem – welch ein Zufall – sich vier Patentinhaber befanden (Quelle: Wikipedia).

Nach dem Ausscheiden der anderen Patentinhaber gehörte das Patent allein der Firma Freescale Semiconductor, die im Jahr 2015 von NXP Semiconductors übernommen wurde. Interessant zu wissen ist, dass die Bundesregierung NXP als Hauptlieferanten der Sicherheitschips für unsere neuen Personalausweise beauftragte (Quelle: Wikipedia).

Die Propaganda-Maschinerie für den Chip läuft jedenfalls auf Hochtouren im Mainstream, wofür beispielsweise das ZDF seinen Chefmoderator des heute-journals Claus Kleber als Überbringer der Botschaft auserkoren hat. Nachdem er den Fernsehkonsumenten den Chip schmackhaft gemacht hatte, legte am 15.03.2016 die ARD in den »Tagesthemen« auch noch einmal nach, indem zur besten Sendezeit ein Reporter sich live im Fernsehen einen RFID Chip implantieren liess.

Die Diskussion um das Bargeldverbot, was die Aufgabe des letzten Stücks Freiheit wäre, ist der erste Schritt zur absoluten Kontrolle jedes Einzelnen mittels implantierten RFID-Chips. Das muss mit allen Mitteln verhindert werden. Deswegen ist es wichtig, dass dieses Wissen an so viele Menschen wie möglich weiterverbreitet wird, damit die sogenannten «Eliten» ihre teuflischen Pläne nicht umsetzen können.

Zur Info, am 28. Juni wird der NXP-Propaganda-Bus in Bamberg aufschlagen.

<http://www.epochtimes.de> bzw. <https://wahrheitfuerdeutschland.de/implantierbare-rfid-chips-jetzt-wirbt-der-hersteller-sogar-auf-deutschen-strassen/>

Spitzenqualität oder Bürokratie-Mief?

Der Bundesrat macht sich selbst überflüssig



Kann jemand eine hinreichend glaubwürdige Erklärung dafür liefern, dass der Bundesrat seine Medienkonferenz zum Brexit-Ergebnis zweimal verschieben musste? An dieser Medienkonferenz hatte er kaum mehr mitzuteilen, als dass er eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen gedenke, welche die Auswirkungen des Brexit auf die Schweiz zu analysieren habe.

*Der Freitags-Kommentar vom 1. Juli 2016, von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»
Symbolbild von Lupo / pixelio.de*

Wollte der Bundesrat mit seinen Verschiebungen verbergen, dass er sich auf das mögliche Ja der Engländer zum EU-Austritt überhaupt nicht vorbereitet hatte? Musste – oder wollte – er seine dürre Stellungnahme dazu zuerst mit Brüssel absprechen, wo aufgrund des Brexit-Aufruhrs niemand kurzfristig erreichbar oder auskunftsbereit war? Und da wagten Berns devote Brüssel-Trabanten nicht, ihr Arbeitsgruppen-Vorhaben der Öffentlichkeit ganz aus eigenen Stücken vorzutragen ...

Angst vor Klartext

Dass der Bundesrat zumindest im Blick auf das Verhältnis der Schweiz zur EU eigenständiges Regieren ziemlich vollumfänglich aufgegeben hat, das beweist eine andere, wahrhaft unglaubliche Tatsache.

Bereits dutzendfach hat Bern die folgende, Brüssel zugeschriebene Position bis heute verbreitet: Wenn Bern den Entscheid des Schweizer Souveräns vom 9. Februar 2014 gegen die Masseneinwanderung einerseits, für eigenständige Kontrolle der Einwanderung in die Schweiz andererseits selbständig umsetze, dann werde die Schweiz umgehend vom EU-Forschungsprogramm «Horizon 2020» und damit von Forschungs-Millionen in dreistelliger Millionenhöhe ausgeschlossen. Bern behauptet dies – und «10 vor 10» bietet regelmässig all seine erreichbaren Heulsusen auf, auf dass sie mit belegter Stimme und demonstrativen Sorgenfalten diese Hiobsmeldung immer wieder in alle Schweizer Stuben hineintragen.

Höchste Zeit, diese – angebliche oder tatsächliche – Drohung aus Brüssel einmal etwas zu hinterfragen:

Woher bezieht Brüssel eigentlich all die Hunderte Millionen, welche die EU der Schweiz zu sperren androht? Unser Land überweist an die Gesamtsumme des EU-Forschungsprogramms nämlich mindestens den gleichen Betrag, den Schweizer Hochschulen von dort für Forschungsprogramme erhalten. Hält es der Bundesrat für unziemlich, Brüssel einmal zu erkennen zu geben, dass von der EU-Zentrale angedrohter erpresserischer Subventions-Stopp auch die Schweizer Beiträge an Brüssels Forschungsprogramme zum Erliegen bringen könnte?

Willkür

Und hat sich Bundesbern je in Brüssel formell danach erkundigt, auf welcher Rechtsgrundlage die EU-Finanzbürokratie der Schweiz Beiträge aus EU-Forschungsgeldern versagen will? Zwischen Bern und Brüssel ist schliesslich ein bilaterales Forschungs-Abkommen in Kraft. Es regelt die Forschungs-Zusammenarbeit und deren Finanzierung zwischen der Schweiz und der EU. Ist in diesem Vertrag etwa eine Klausel enthalten, die Brüssel das Recht einräumt, mit seinen Forschungsmillionen die Schweiz in ganz anderen Politbereichen willkürlich erpressen zu dürfen? Oder hat die Schweiz bestimmte, im Forschungsabkommen enthaltene Bestimmungen nicht eingehalten oder bewusst verletzt?

Solches behauptet nicht einmal die Europäische Union. Und das heisst doch: Wenn Brüssel diesen von der Schweiz immer eingehaltenen Vertrag mit erpresserischen Motiven zu Lasten unserer Schweizer Hochschulen zu missbrauchen versucht, dann begeht die EU offensichtlichen, eklatanten Vertragsbruch.

Devote Unterwerfung

Wieso findet sich zu Bern kein einziger Bundesrat, der solchen Vertragsbruch – man darf solche Feststellung ja auch in diplomatisch geschliffenen Floskeln anbringen – der EU endlich in unmissverständlicher Form zur Kenntnis bringt? Warum wird nicht der sog. «Gemischte Ausschuss» zum Forschungsvertrag angerufen, damit dieser höflich aber bestimmt die geltenden Vertragsbestimmungen aus dem Forschungs-Abkommen der Brüsseler Zentrale wieder einmal in Erinnerung ruft? Und die EU darauf hinweist, dass es keine rechtsstaatliche Handhabe gibt, das Forschungs-Abkommen gegen die Schweiz als Erpressungsinstrument zu verwenden bzw. zu missbrauchen?

Keine automatische Übernahme von Gesetzen

Während die Sieben aus Bern sich bezüglich Brüssels vertragsbrechendem Erpressungsversuch in eisernes Schweigen hüllen, benützt der für unsere Aussenbeziehungen verantwortliche Bundesrat Didier Burkhalter jede sich ihm bietende Gelegenheit, zu beteuern, es bestünde nirgends auch nur der Anflug einer Brüsseler Forderung, gemäss welcher die Schweiz Brüsseler Beschlüsse und Brüsseler Gesetze automatisch – also ohne eigene Beschlussfassung – übernehmen müsse.

Diese Worte hören wir wohl. Den Tatbeweis dazu bleibt Bundesrat Burkhalter der Öffentlichkeit indessen schuldig. Den Tatbeweis würde der Bundesrat leisten, wenn er den Entscheid gegen die Masseneinwanderung und für eigenständige Kontrolle der Einwanderung so umsetzen würde, wie die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger – der Souverän unseres Landes – ihn am 9. Februar 2014 dem Bundesrat zur Umsetzung aufgetragen haben.

Das bundesrätliche Schwärmen vom Erhalt schweizerischer Eigenständigkeit würde an Glaubwürdigkeit zweifellos gewinnen, wenn der Bundesrat Arbeitsgruppen zu europapolitischen Sachfragen nicht erst einsetzen würde, wenn er von Brüssel dazu Grünes Licht erhalten hätte ...

Die «Champions League» der Hochschulen

Ein weiterer Bundesrat, Johann Schneider-Ammann, gibt gleichzeitig seiner grossen Sorge im Blick auf die aus Brüssel laut gewordenen Erpressungsdrohungen zu den Forschungs-Millionen Ausdruck: Erhielten die Schweizer Hochschulen diese Millionen nicht mehr, würden sie den Anschluss verlieren an die «Champions League» der weltweit führenden Hochschulen mit den besten Forschungsprojekten, klagt Schneider-Ammann.

Eine Rangliste der weltweit besten und erfolgreichsten Forschungsstätten existiert tatsächlich. Unter den zehn weltbesten, den Top-ten-Hochschulen, figurieren genau drei aus Europa. Zwei davon befinden sich in der Schweiz: Die ETH Zürich und die ETH Lausanne. Einen dritten Spitzenplatz nimmt eine renommierte Hochschule des Nicht-mehr-EU-Mitglieds England ein. Sofern es in Brüssel nebst vorschnell mit Erpressung operierenden Bürokraten doch noch ein paar echte Forschungs-Autoritäten geben sollte, so wissen diese bestimmt, dass Brüssel auf Gedeih und Verderb auf gute Zusammenarbeit mit den drei Spitzen-Hochschulen in der Schweiz und in England angewiesen ist, wenn es bezüglich Forschung weltweit einigermassen mithalten will.

Würde der Kontakt zu diesen Spitzen-Hochschulen mutwillig abgebrochen, dann würden diese ihre Zusammenarbeit mit Sicherheit – und mit Gewinn – mit den weltweit ebenbürtigen Hochschulen in den USA und in Fernost verstärken – die EU-Forschung auf dem Abstellgleis zurücklassend: Bürokraten-Mief statt Spitzenqualität wäre das, was Brüssel verbliebe.

Fazit

Ein Bundesrat, der solche Zusammenhänge und Tatsachen seiner eigenen Bevölkerung mit Rücksicht auf Brüsseler Empfindlichkeiten glaubt vorenthalten zu müssen, gibt zu verstehen, dass ihm das Regieren verleidet ist, dass er nur noch Aussenstation der Brüsseler Befehlszentrale sein möchte.

Jede Regierung, die sich so verhält, macht sich selbst überflüssig.

Symbolbild von Lupo / pixelio.de

02.07.2016, 10:50 von Ulrich Schlüer

Quelle: http://schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=/news/spitzenqualitaet_oder_buerokratiemief-2732&SID=2b0973709398091dfbe2306aff7451892202c133

Marco Zanni: «Eurozone auflösen, bevor es zu einem Bürgerkrieg kommt»

Epoch Times, Samstag, 2. Juli 2016 16:07



Marco Zanni von der Fünf-Sterne-Bewegung (Italien) plädiert für eine geordnete Abwicklung des Euro-Währungsverbundes, da der Euro als Währung nicht funktioniert. «Wir sollten die Eurozone auflösen, bevor es in Europa zu einem Bürgerkrieg kommt. Noch nie war die Stimmung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg so vergiftet wie heute.»

Marco Zanni von der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien: «Wir sollten die Eurozone auflösen, bevor es in Europa zu einem Bürgerkrieg kommt.»

Foto: ARIS MESSINIS/AFP/Getty Images

Die Deutschen Wirtschaftsnachrichten führten ein Interview mit Marco Zanni, EU-Abgeordneter der Fünf-Sterne-Bewegung in Italien, die in Rom und Turin die Spitzenplätze in der letzten Wahl gewinnen konnte. Hier einige Eckpunkte daraus, das vollständige Interview befindet sich hier.

Marco Zanni plädiert für eine geordnete Abwicklung des Euro-Währungsverbundes, da der Euro als Währung nicht funktioniert. Die Volkswirtschaften seien einfach zu unterschiedlich und die Handelsbilanzen zu unausgeglichen.

Die DWN fragten unter anderem: «Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble sagen: Die Wettbewerbsfähigkeit in den Ländern des Südens, aber auch in Frankreich, muss verbessert werden.»

Die Antwort von Marco Zanni: «Das ist doch illusorisch. Wir können uns nicht gegenseitig immer so weit runterregulieren, bis die Arbeitnehmer am Ende gar nichts mehr verdienen. Dann wären unsere Volkswirtschaften erst recht erledigt, weil niemand mehr etwas kaufen kann.»

Knapp 80 Prozent des Bundeshaushaltes in die Rettung des Euro stecken? Unmöglich.

Er beschreibt, dass die Milliarden Euro, die beispielsweise in Griechenland eingebracht wurden, um den Staatsbankrott zu vermeiden, zu keiner volkswirtschaftlichen Erholung der Länder führten. Und: «Die Wachstumsraten der Länder der Euro-Zone liegen deutlich hinter denen der europäischen Länder zurück, die den Euro nicht haben.»

Marco Zanni ist seit 2014 Abgeordneter im Europäischen Parlament und verantwortlich im Haushaltsausschuss und im Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Er nennt ganz andere Zahlen, die Deutschland leisten müsste, um die Eurozone in der jetzigen Form zu erhalten: «Der französische Ökonom Jacques Sapir hat ausgerechnet, dass allein Deutschland Transferzahlungen von 230 Milliarden Euro pro Jahr leisten müsste. Und das über einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren. Bei einem Bundeshaushalt von vielleicht 300 Milliarden wäre der Posten «Euro-Rettung» damit mit Abstand der grösste.»

Das hiesse, knapp 80 Prozent des Bundeshaushaltes in die Rettung des Euros zu stecken. «Es liegt auf der Hand, dass dies nicht möglich wäre. Selbst in Deutschland könnte dann die Stimmung gegen Frau Merkel und die Euro-Apologeten kippen. Wir sollten die Eurozone auflösen, bevor es in Europa zu einem Bürgerkrieg kommt. Noch nie war die Stimmung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg so vergiftet wie heute.»

Er schlägt vor: «Wir müssen uns an einen Tisch setzen und darüber verhandeln, wie wir die Eurozone einvernehmlich auflösen können. Denn der Euro in seiner jetzigen Form wird scheitern. Nur sollten wir bis dahin nicht noch mehr Porzellan zerschlagen, als es schon geschehen ist.»

Die Fünf-Sterne-Bewegung M5S ist eine politische Bewegung. Sie sieht sich als freie Bürgerversammlung, die von dem prominenten Kabarettisten Beppe Grillo 2009 gegründet wurde. Die fünf Sterne bedeuten: Ambiente, Acqua, Sviluppo, Connettività, Trasporti, übersetzt: Umwelt, Wasser, Entwicklung, Konnektivität und Verkehr (Wikipedia). (ks)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/europa/marco-zanni-eurozone-aufloesen-bevor-es-zu-einem-buergerkrieg-kommt-a1341266.html?meistgelesen=1>

IMPRESSUM**FIGU-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: «Billy» Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2016

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, «Freie Interessengemeinschaft», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz